23. Montag den 28. Januar 1861. 23.

# Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amtliches.

Berlin, 27. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Regierungs-Präsidenten Justus Wilhelm du Vignau unter dem Namen „von Vignau" in den Adelstand zu erheben; ferner dem Abtheilungs-Chef im großen Generalstabe, Obersten Olloch, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha Hoheit ihm verliehenen Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Haus-Ordens, dem Chef des Generalstabes der General-Inspektion der Artillerie, Oberst-Lieutenant Hurrelbrink, und dem Premier-Lieutenant von Amsberg der Garde-Artillerie-Brigade, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königliche Hoheit ihnen verliehenen resp. Komthurkreuzes zweiter Klasse mit Schwertern nnd Ritterkreuzes erster Klasse mit Schwertern vom Verdienstorden Philipps des Großmüthigen, so wie dem Ober-Feuerwerker Koschel von der Rheinischen Artillerie-Brigade (Nr. 8) und dem Sergeanten Dyhring von der Garde-Artillerie-Brigade zur Anlegung der von des Königs von Sachsen Majestät ihnen verliehenen, zum Königlich Sächsischen Verdienst-Orden gehörigen Medaille, ersterem in Gold, letzterem in Silber zu ertheilen.

An der Realschule zu Stettin ist die Anstellung des Dr. Pallmann als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Ihre Hoheit die Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen ist gestern hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, von Rheda', und der Erb-Schenk im Herzogthum Magdeburg, Kammerherr Graf vom Hagen, von Möckern.

Nr. 28 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Kriegsministeriums die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 10. Januar 1861, betr. die Marschgeschwindigkeit (statt 108, jetzt 112 Schritte in der Minute).

## Telegramme der Posener Zeitung.

London, Sonntag 27. Januar Nachmitt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 15. d. war Oberst Haynes aus Süd-Karolina daselbst angekommen und hatte Namens dieses Staates die Uebergabe des Forts Sumter verlangt, unter der Drohung, daß dasselbe anderen Falles angegriffen werden würde.

Paris, Sonntag 27. Januar Morgens. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Genua meldet der dortige „Corriere mercantile" vom 25. d., daß bei dem Bombardement von Gaëta die Landartillerie unter Mitwirkung der Flotte in außerordentlicher Weise operirt habe. Die Flotte hat sich am 23. d. zurückgezogen, um die entstandenen Schäden auszubessern, sollte aber Abends das Feuer wieder beginnen. (S. die folg. Dep.)

Paris, Sonntag 27. Januar Abends. Die heutige „Patrie" meldet aus Gaëta vom 23. d., daß die piemontesische Flotte, bei dem Versuche sich dem Platze zu nähern, starke Havarie erlitten habe und daß die Belagerten das Feuer der piemontesischen Landbatterien lebhaft erwiderten.

Nach dem heutigen „Pays" wird General Bosco sich an die Spitze der Insurgenten stellen, um die Belagerer im Rücken anzugreifen, und soll dieser Plan mit der im ganzen Königreiche organisirten Verschwörung zusammenhängen.

Privatberichte aus Turin melden aus Neapel vom gestrigen Tage, daß das Bombardement ohne besondere Heftigkeit fortdauere und daß eine wichtige Korrespondenz mit Gaëta entdeckt worden sei.

Marseille, Sonnabend 26. Januar. Es ist eine russische Fregatte von Toulon nicht, wie es hieß, nach Gaëta, sondern nach Villafranca abgegangen, wo dieselbe neue Befehle erwartet. Nach Berichten aus Gaëta vom 21. d. sind die spanischen Fregatten gleichzeitig mit der französischen Flotte abgesegelt.

(Eingeg. 28. Januar 8 Uhr Vormittags.)

### Posen, 28. Januar.

In dem Turiner Blatte „Opinione" pflegt die piemontesische Regierung ihre Anschauungen und Absichten darzulegen, wenn sie für die Oeffentlichkeit reif geworden sind. Man darf sich nicht wundern, daß in den Kundgebungen des genannten Blattes häufig ein schneller Wechsel des Tons und der Ansichten eintritt. Der Thron des Königs von Sardinien, welcher nach der Krone Italiens strebt, steht eben nicht fest genug, um von den Schwierigkeiten, die dem kühnen Unternehmen von Innen und von Außen entgegentreten, unerschüttert zu bleiben, und die Geschicklichkeit des Grafen Cavour besteht gerade darin, daß er mit verschiedenen Winden zu segeln und dennoch immer das Staatsschiff dem angestrebten Ziele zu nähern weiß. Da gilt es denn, bald den vorgerückten Liberalen, deren Ungestüm Garibaldi zu ungesäumtem, weiterem Vorgehen drängt, gute Worte zu geben, um ihren Thatendurst zu beschwichtigen; bald gilt es, die Mißstimmung der nordischen Staatsmänner zu beschwören, indem man die Turiner Politik als eine Schutzwehr für die monarchische Ordnung in Italien und für das Gleichgewicht Europa's darstellt. Dazu kommt noch die wesentliche Schwierigkeit einer Stellung, welche den vielfach entgegengesetzten Wünschen und Rathschlägen zweier gleich mächtiger und gleich unentbehrlicher Bundesgenossen, Frankreichs und Englands, rücksichtsvolles Gehör schenken muß.

In den jüngsten Artikeln der „Opinione" prägt sich der widerspruchsvolle und unzuverlässige Charakter der Cavour'schen Politik mit voller Deutlichkeit aus. Das Turiner Blatt betheuert in einem Athem seine Achtung für die Rechte und das Gebiet Deutschlands, und nimmt keinen Anstand, einem Unternehmen Frankreichs gegen die deutschen Rheinlande den Beistand Italiens in Aussicht zu stellen, falls Venetien als Preis der Bundesgenossenschaft geboten würde; es deutete gestern die Sehnsucht an, mit welcher Italien danach strebt, die Fesseln des napoleonischen Einflusses abzustreifen, und setzt heute mit großem Pathos auseinander, daß Piemont der Dankbarkeit für den Kaiser die größten Opfer zu bringen verpflichtet sei, und daß es keine natürlichere und dauerhaftere Allianz geben könne, als die zwischen Frankreich und Italien.

Vor Allem scheint die doppelzüngige Sprache der „Opinione" darauf berechnet, den Blick der preußischen Staatsmänner zu verwirren und die öffentliche Meinung unseres Vaterlandes zu täuschen. Graf Cavour ist trefflich unterrichtet, daß die Wiener Politik dafür gesorgt hat, in Preußen Groll und Mißtrauen gegen Oestreich nicht zur Ruhe kommen zu lassen; aber sein Machiavellismus geräth auf falsche Schlüsse, weil er von der Redlichkeit und Vaterlandsliebe eines deutschen Herrschers keine Ahnung hat, der nicht gewillt ist, die unzähligen Sünden Oestreichs gegen die Interessen Preußens und Deutschlands mit der Münze einer eben so selbstsüchtigen und undeutschen Politik zu vergelten. Vergeblich ist daher die Sophistik des Turiner Blattes, welches jeden Widerspruch gegen die hochfliegenden Wünsche Italiens als eine von Oestreich veranlaßte Kundgebung bezeichnet und an König Wilhelm die Mahnung richtet, seine Stellung zu Oestreich nach den Ueberlieferungen Friedrichs des Großen zu regeln. Als Friedrich II. die Waffen gegen Oestreich ergriff, da hatte Preußen seine Selbständigkeit gegen die erdrückende Uebermacht des Kaiserstaates zu wahren; es handelte sich um einen ehrlichen Kampf zwischen deutschen Mächten, dessen für Preußen rühmlicher Ausgang den Interessen und der Ehre Deutschlands nur förderlich ward. Gegenwärtig aber zielt man auf die Beraubung eines deutschen Staates hin und die Vermuthung liegt nur allzunahe, daß man ein Glied des deutschen Staatskörpers schwächen will, um mit dem Rest leichteres Spiel zu haben. Damit stimmen die alten preußischen Ueberlieferungen nicht zusammen: nie hat Friedrich II. auf die Schwächung Deutschlands hingearbeitet und nie werden seine Nachfolger sich von trügerischen Lockungen des Auslandes auf diese Bahn führen lassen.

Preußen kann alle wälschen Ueberredungskünste mit einem kurzen Worte abfertigen. König Wilhelm mag den Italienern sagen: Wenn Ihr Venetien zu besitzen wünscht, so versucht den Waffentanz mit Oestreich und ich will mein Schwert nicht dazwischen werfen, so lange Ihr mit eigenen Kräften kämpft und weder die Mitwirkung revolutionärer Hülfskräfte, noch den Beistand des Franzosenkaisers anruft. Tretet Ihr aber als Vorkämpfer des Nationalitätenschwindels oder der Bonapartistischen Diktatur auf, dann allerdings wird Preußen nicht für Oestreich, sondern mit Oestreich für Deutschland in die Schlachtreihe treten müssen.

## Deutschland.

**Preußen.** ☾ Berlin, 27. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Heute Vormittag wohnten der König, die Königin, der Kronprinz, die Frau Kronprinzessin und alle die übrigen hohen Herrschaften dem Gottesdienste im Dome bei. Nach dem Schluß der Kirche begaben sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften in das Palais des Kronprinzen und beglückwünschten den kleinen Prinzen Friedrich Wilhelm Viktor, der heute sein zweites Lebensjahr zurückgelegt hat. Der König kehrte darauf in sein Palais zurück und empfing den piemontesischen General Lamarmora, welcher ein Kondolenz- und Beglückwünschungsschreiben des Königs Viktor Emanuel überreichte. Um 1 Uhr präsidirte der König einer Konseilsitzung, die bis gegen 4 Uhr dauerte und welcher auch der Kronprinz beiwohnte. Vor dem Beginn der Sitzung hatten der König und die Königin noch den Besuch des Herzogs und der Herzogin von Augustenburg empfangen, die mit ihren Töchtern vom Schlosse Primkenau zu einem längeren Aufenthalte hier eingetroffen sind. Um 5 Uhr war Familientafel im Schlosse des Prinzen Friedrich Karl und machten die Königin und die übrigen hohen Frauen vorher der Frau Fürstin von Hohenzollern einen Krankenbesuch. Die Frau Fürstin, welche gestern Morgen in Folge der Erkrankung ihres Gemahls aus Düsseldorf hier angekommen ist, fühlte sich Abends unwohl; es stellte sich Erbrechen ein und sie mußte sich zu Bette legen. Mit dem Befinden des Fürsten geht es ganz erwünscht und er dürfte bald völlig wiederhergestellt sein. Abends war heute Theegesellschaft beim Kronprinzen, in der auch eine Zeit lang der kleine Prinz anwesend war. Seine Geburtstagsgeschenke hatte er schon am Morgen von allen hohen Herrschaften und auch von der Königin-Wittwe erhalten. Die Königin Elisabeth war heute Vormittag mit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und anderen hohen und hochgestellten Personen in der Friedenskirche zu Potsdam. Nach dem Schluß der Kirche begaben sich die hohen Frauen zum Sarge des Königs, verrichteten dort, wie dies bisher fast täglich geschehen ist, ein stilles Gebet und kehrten darauf nach Schloß Sanssouci zurück, wo inzwischen die Frau Prinzessin Friedrich Karl von hier und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin aus Brandenburg zum Besuch eingetroffen waren. Die Frau Prinzessin kehrte um 3 Uhr Nachmittags hierher zurück, der Herzog Wilhelm blieb zum Diner und gab seiner Mutter bei ihrer Abreise um 8 Uhr Abends nach Haag bis Brandenburg das Geleit.

Unsere Minister versammeln sich jetzt täglich zu mehrstündigen Sitzungen und nimmt an diesen auch der Kronprinz Theil. Auch gestern Abend fand eine solche unter dem Vorsitz des Ministers v. Auerswald statt und dauerte von 8—12 Uhr. Der Kronprinz blieb noch bei dem Minister v. Auerswald zurück und verließ erst eine Stunde später das Gebäude des Staatsministeriums. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß diese Konferenzen zunächst eine Folge der Adreßdebatten im Abgeordnetenhause sind, und ganz besonders ist es die Frage wegen der deutschen Herzogthümer, auf deren endliche Entscheidung hingedrängt wird. Daß dem Ministerium dieses ungestüme Drängen seitens der Majorität unseres Abgeordnetenhauses nicht genehm ist, liegt auf der Hand; ich glaube aber nicht, daß diese Frage, wie ein Gerücht schon wissen wollte, zu einer Kabinetskrisis führen wird. Die nächste Zukunft dürfte schon enthüllen, was uns bevorsteht. Der politische Horizont zeigt schwere Gewitterwolken und es ist schwer zu glauben, daß sie sich wieder verziehen werden. — Der schwedische Gesandte, v. Jaërta, gab heute ein großes Diner; dasselbe fand zu Ehren des schwedischen Generals Grafen Essen statt, welcher in Begleitung der Kammerherren Grafen Essen und Sparre von Stockholm mit einem Kondolenz- und Beglückwünschungsschreiben des Königs hier eingetroffen ist. Mit den Gesandten nahm auch der Minister v. Schleinitz an dem Diner theil. Morgen wird der sardinische Gesandte, Graf de Launay, dem General Lamarmora zu Ehren ein gleiches Diner geben; wahrscheinlich wird derselbe aber vom Könige zur Tafel gezogen werden. — Das Herrenhaus hat der Königin-Wittwe eine Kondolenzadresse überreichen lassen. Mitglieder dieses Hauses sind fast täglich im Schlosse Sanssouci.— Morgen Nachmittag wird die regierende Königin von Sachsen hier eintreffen, sich aber sofort weiter nach Schloß Sanssouci begeben. Ihre Anwesenheit daselbst soll sich auf etwa 4 Tage beschränken. Der sächsische Gesandte Graf Hohenthal wird der hohen Frau eine Strecke Weges entgegengehen.

— [Die Nationalitäts-Agitation der Polen.] Die offiziöse „Preußische Zeitung" bringt an bevorzugter Stelle folgenden Artikel, der, wenn er auch an sich nichts Neues enthält, doch insofern von Bedeutung ist, als er die Ansichten der Regierung über die brennende Frage wiederzugeben bestimmt scheint. Der Artikel lautet: „Wieder einmal geht jener Geist der Unruhe durch die Angehörigen der polnischen Nationalität, dessen regelmäßige Zuckungen so viel beigetragen haben, das Schicksal jenes Volksstammes zu verschlimmern und theilweise selbst eine strenge Behandlung unvermeidlich zu machen. Die Agitation, welche jetzt die polnischen Einwohner der drei östlichen Großstaaten mit neuem Unglück bedroht, bedient sich theils des gewohnten Mittels, die polnische Bevölkerung heimlich zu fanatisiren und bei ihr durch gewissenlose Täuschung Aussichten zu erwecken, die mit der Wirklichkeit im grellsten Widerspruch stehen; theils sucht jene Agitation, soweit sie offen auftritt, den Schein der Gesetzlichkeit zu gewinnen, indem sie sich zu Gunsten gewisser Ansprüche der polnischen Nationalität fort und fort auf die Verträge beruft, welche die anerkannte Grundlage der europäischen Staatenordnung bilden. Es wird zur richtigen Beurtheilung der polnischen Ansprüche förderlich sein, einen Blick auf den sogenannten vertragsmäßigen Rechtsboden zu werfen, auf welchen sie sich stützen. Der erste Artikel der Wiener Schlußakte, welcher von der Wiedervereinigung des Herzogthums Warschau mit der russischen Krone handelt, bestimmt in seinem zweiten Absatz: „Die bezüglichen polnischen Unterthanen Rußlands, Oestreichs und Preußens werden eine Vertretung und nationale Institutionen erhalten, die dem Modus der politischen Existenz entsprechend geordnet sind, welchen jede der Regierungen, denen sie angehören, zuträglich und angemessen halten wird, ihnen zu bewilligen." Es dient zur Charakteristik der oben bezeichneten Agitation, daß die Stimmen, welche mit dem Anspruch oder der Maske auftreten, die Sache der polnischen Nationalität in deren wahrem Interesse führen zu wollen, z. B. eine neuerdings in Paris erschienene Broschüre „Polen und sein Recht, von Vilbort", den eben angeführten Satz der Wiener Schlußakte mit Auslassung der beschränkenden Relativsätze anzuführen pflegen. Es ist aber ein ausnehmender Unterschied, ob Vertretung und nationale Institutionen unbedingt zugesichert werden, oder ob die Art der Ausführung und die ganze Form der politischen Existenz ausdrücklich dem bedingungslosen Ermessen der betheiligten Regierungen vorbehalten worden sind. Auch der eifrigste Vertheidiger der polnischen Nationalität wird anerkennen müssen, daß die Bestimmung der Wiener Schlußakte in nicht zu verkennender Absicht so gewählt worden ist, daß aus ihr den Polen eine rechtliche Waffe fast unter keiner Bedingung erwachsen kann. Es möchte in der That kaum eine Form in der politischen Existenz denkbar sein, die sich unter jenen ersten Artikel der Wiener Schlußakte nicht subsumiren ließe. Statt sich also auf angebliche Rechte zu berufen, welche durch die Verträge von 1815 ihnen garantirt sein sollen, würden die Polen sich höchstens darüber beklagen können, daß ihnen solche Garantien nicht gegeben worden sind. Es leidet keinen Zweifel, daß der Wiener Kongreß die Angehörigen der polnischen Nationalität für die Pflege dieser Nationalität in Sprache, Sitte und politischer Freiheit lediglich an die Weisheit und Billigkeit der betheiligten Regierungen gewiesen, nicht aber diese Regierungen in irgend einer bestimmten Weise zu Gunsten der polnischen Nationalität beschränkt hat. Wollen die Polen aber dennoch die Schonung ihrer Nationalität, anstatt aus der Weisheit und dem sittlichen Gerechtigkeitsgefühl der Staaten, denen sie angehören, aus dem geschriebenen Recht der Wiener Schlußakte herleiten, so werden sie doch auf jeden Fall zugestehen müssen, daß der Zustand, welchen der preußische Staat ihnen bietet, den Bestimmungen der Wiener Schlußakte, auch bei einer für die Polen möglichst günstigen Auslegung, gerecht wird. Die Provinz oder, wie die Polen lieber sagen, das Großherzogthum Posen hat einen Provinziallandtag und entsendet seine Vertreter auf den allgemeinen Landtag der preußischen Monarchie in dersel-

ben Weise, wie alle anderen Provinzen. Ganz wie diese nimmt das Großherzogthum Posen Theil an der in Preußen organisirten Selbstverwaltung der Kommunen und Kreise. Die preußischen Bürger polnischer Nationalität haben denselben Spielraum politischer Freiheit, welcher den deutschen Bürgern Preußens gewährt ist. Die königliche, an die polnischen Einwohner des Großherzogthums Posen gerichtete Proklamation vom 15. Mai 1815 verheißt: „Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Konstitution Theil nehmen, welche Ich Meinen treuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige, und ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten." Welche von diesen Verheißungen wäre nicht in Erfüllung gegangen? Zwei andere Stellen jener königlichen Proklamation, die polnische Sprache und den Zutritt zu den öffentlichen Aemtern betreffend, behalten wir einer zweiten Erörterung vor."

— [Vorschläge zur Sicherstellung Deutschlands.] Um die Unabhängigkeit Deutschlands besser, als bisher geschehen, sicherzustellen, schlägt die „Allg. Darmst. Milit. Ztg." folgenden Weg vor: Eine für die äußeren Verhältnisse zu schaffende und von sämmtlichen Mitgliedern des deutschen Bundes kollektiv zu ernennende Zentralbehörde (Direktorium oder wie man sie nennen mag) erkläre dem Machthaber Frankreichs, daß man gegen dasselbe nicht im Entferntesten eine feindliche Absicht hege, vielmehr gern Frieden und Freundschaft mit ihm halten wolle; ferner, daß man in Italien keine Eroberungen zu machen beabsichtige, aber den gegenwärtigen Besitzstand daselbst behaupten werde, und stelle dem Imperator die kategorische Frage, ob er unter diesen Voraussetzungen Frieden halten und seine macchiavellistischen Umtriebe aufgeben wolle oder nicht. Betheuert er seine friedlichen Gesinnungen, so verlange man von ihm zur Bethätigung derselben, daß er seine Land- und Seemacht auf den Friedensfuß setze, seine Truppen aus Italien entferne und dieses Land sich selbst überlasse, wo es sich dann zeigen wird, ob dasselbe den politischen Standpunkt erreicht hat, um einen Gesammtstaat zu bilden. Diese Anforderungen sind nicht verletzend, sondern erscheinen gerechtfertigt, da Frankreich von keiner Seite bedroht ist und so wenig ihm wie Anderen eine Einmischung in fremde Angelegenheiten zusteht, namentlich wenn damit eine Störung der allgemeinen politischen Verhältnisse und ein überwiegendes Eingreifen in dieselben verbunden ist. Wenn dagegen der Imperator dieses friedliche Ansinnen abweist oder dasselbe durch politische Schlangenzüge zu umgehen sucht, dann trete man ihm mit freier Stirne muthig entgegen und erkläre ihm den Krieg, und zwar den Krieg auf Tod und Leben und in den größten Dimensionen, dessen Kosten Frankreich schließlich bezahlen wird. Und diese Voraussetzung besteht auf keiner Ueberschätzung. Deutschland kann, wenn es bei einer Bevölkerung von 70 Millionen nur 2 Prozent zu seiner Streitmacht verwendet, neben einer Reserve von 400,000 Mann eine Armee von 1 Million in's Feld stellen. Und eine solche aktive Macht steht nicht bloß auf dem Papier, sondern sie ist in Wirklichkeit vorhanden und zwar gut geübt, wohl gerüstet und von gutem Geist beseelt. Diese Million mag sich von der Nordsee bis zur Adria in folgender Weise aufstellen: 400,000 Mann als Armee des rechten Flügels am Niederrhein, 300,000 Mann als Armee des Zentrums am Mittel- und Oberrhein, 300,000 Mann als Armee des linken Flügels in Venetien, Tirol und als Reserve der Schweiz. Die strategische Verwendung dieser Armeen ergiebt sich aus der Natur der Verhältnisse. Man wird vielleicht fragen, woher die Mittel nehmen, um die Kosten einer so ungeheuren Armee zu bestreiten? Wir antworten darauf, daß sie aufgebracht werden können, wie Preußen beweist, daß sie aber auch aufgebracht werden müssen, weil sie zur Aufrechthaltung der Ehre, Sicherheit und Wohlfahrt des Vaterlandes nothwendig sind und weil, wenn dieses nicht geschieht und die Franzosen uns überwältigen, sie das in Milliarden nehmen oder beschädigen, was an Millionen erspart worden ist; man darf nur die unberechenbaren Summen in Betracht ziehen, welche durch die seit einigen Jahren gestörten und das öffentliche Vertrauen untergrabenden politischen Verhältnisse wirklich verloren worden sind oder nicht gewonnen werden konnten, und daher auch verloren sind, um unsere Ansicht gerechtfertigt zu finden. Zum Schluß noch zur Beherzigung: Statt aller diplomatischer Kunststücke möge der deutsche Michel nicht bloß die Fäuste im Sack machen, sondern sie in seiner derben Weise auch gebrauchen; dann wird man ihm ein geneigtes Ohr leihen und ihn in seinen vier Wänden ungeschoren lassen." Wir möchten dem Herrn Verfasser nur in einem Punkte entgegentreten: In der Alternative, welche er dem Kaiser Napoleon gestellt wissen will, spricht er von der Behauptung des gegenwärtigen Besitzstandes in Italien durch Deutschland. Der Verfasser stellt hier geradezu etwas Bundeswidriges auf. Der deutsche Bund hat in Italien keinen andern Besitzstand zu behaupten, als Tirol, und dieser Besitzstand ist nicht bedroht. Mit Venetien hat der deutsche Bund als solcher so lange nichts zu thun, als nicht Venetien in das deutsche Bundesgebiet gezogen worden ist, und dagegen würden wiederum die anderen Großmächte, welche den Wiener Traktat unterzeichnet haben, Einspruch erheben. Venetiens Besitz ist nur bei ausgebrochenem Kriege zuerst für Oestreich wichtig und kann es für Deutschland werden. Im Uebrigen sind wir ganz damit einverstanden, daß das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich geklärt wird.

— [Nationalverein.] In einer am Freitag Abend abgehaltenen Versammlung des hiesigen Nationalvereins, welcher auch die Herren v. Bennigsen (Hannover), Metz (Darmstadt) und Lehmann (Kiel) beiwohnten und die außerordentlich zahlreich besucht und sehr lebhaft war, wurden folgende Resolutionen, die erste und dritte einstimmig, angenommen: 1) Preußen und das nicht geeinigte Deutschland haben an sich, so lange deutsches Gebiet oder deutsche Interessen nicht verletzt werden, keinen Beruf, an einem Kriege Oestreichs um den Besitz Venetiens Theil zu nehmen und dadurch einen Angriff auf deutsche Grenzen hervorzurufen, bei deren Vertheidigung auf einen wirksamen Beistand Oestreichs nicht gerechnet werden kann. 2) Preußen hat, bei Uebernahme der militärischen Aktion gegen Dänemark, darüber zu wachen, daß nicht bloß einzelne Rechte Holsteins gewahrt, sondern daß die altberechtigte Verbindung Schleswigs mit Holstein wieder hergestellt, und in Schleswig, wie in Holstein ein gesicherter Rechtszustand geschaffen werde. 3) Im Angesicht der heutigen Lage Europa's, insbesondere gegenüber der konzentrirten Militärmacht Frankreichs und der notorischen Schwäche Oestreichs, ist es die erste Pflicht Preußens gegen sich selbst und gegen Deutschland, die sofortige einheitliche Organisation des deutschen Bundesheeres unter Preußens Führung, sowie die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlaments durchzusetzen.

— [Dementi.] Die „Hamb. Nachr." bringen folgende anscheinend offizielle Erklärung: „Nach zuverlässigen uns aus Helgoland zugehenden Mittheilungen sind wir im Stande, die von der „B. B. Z." gebrachte Nachricht, daß die englische Regierung auf Helgoland die erforderlichen Vorerhebungen angeordnet habe, um für den Fall eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland und Dänemark eine größere Anzahl Truppen dorthin legen zu können, und in Verbindung damit englische Kriegsschiffe bei der Insel Station nehmen zu lassen (s. Nr. 19), als vollständig unbegründet zu bezeichnen."

Arnsberg, 25. Jan. [Ein Veteran.] Am vorigen Sonntage wurde hier ein ehemaliger Soldat, der später als Regierungsbote pensionirte Neumann, beerdigt, welcher noch unter Friedrich dem Großen gedient hatte. Derselbe war 1767 geboren.

Hamm, 25. Jan. [Ihre Maj. die Königin Wittwe] hat nach dem Ableben Sr. Maj. Königs Friedrich Wilhelm IV. das Protektorat über das hiesige Friedrich-Wilhelms-Waisenhaus übernommen, und die Anstalt zugleich mit einem Geschenk von 1000 Thalern bedacht.

**Oestreich.** Wien, 25. Jan. [Die Landesstatute und die Hochtories.] Zu dem Possierlichsten bei der jetzigen schwankenden Bewegung in den organisirenden Kreisen gehört die Haltung der Hochtories, wenn man eine kleine Adelsfraktion so nennen darf; sie harmonirt mit den Politikern unter dem katholischen Klerus besonders in dem Punkte des Ständewesens, das wieder restaurirt werden soll. Das Schmerling'sche Programm, welches die Interessenvertretung bei den Landtagen zum Prinzip erhob, kann den Beifall dieser Herren nicht gewinnen, jedoch bemühen sie sich, seinen Intentionen eine andere Auslegung zu geben, und das Ständewesen durch die Hinterthür des Großgrundbesitzes einzuschmuggeln. Auch der Klerus, der sonst nicht gern von seinen Reichthümern spricht, betont nun seine Wichtigkeit als Großgrundbesitzer und will als solcher ebenfalls zur Vertretung kommen. Nichts verlautet jedoch über die Abfassung der Landesstatute, und was von den herrschenden Ideen bekannt wird, läßt vermuthen, daß die allgemeine Opposition gegen das ständische Prinzip in den Goluchowski'schen Statuten zur Aufgebung dieses Standpunktes führte. Alle Versuche der Magnaten, wieder zu diesem historischen Bevorzugungsrechte zu gelangen, seien gescheitert und Schmerling nicht dafür einzunehmen, obwohl er selbst zur Standschaft Niederöstreichs gehört. Nun wird ein äußerstes Mittel versucht. Die Hochtories drohen! Sie drohen nämlich bei der Bundesbehörde ihre Beschwerde einzulegen. Die politischen Rechte der Stände in den deutschen Bundesländern seien durch den Bund garantirt. Man dürfe diese Rechte in den projektirten Landesverfassungen nicht umgehen und nicht eludiren. Die Regierung könne die wohlerworbenen Rechte der Landstände nicht ignoriren. Dies ist die neueste Phase der Landesstatute, die noch gar nicht ausgearbeitet sind! (N. Z.)

— [Adresse des Graner Komitats.] Die erste offizielle Antwort aus Ungarn auf das kaiserliche Reskript liegt in der Adresse des Graner Komitats vor. Die Adresse zeigt, daß das Reskript die gewünschte Aufnahme in Ungarn nicht findet. Das Komitat sieht das Oktoberdiplom keineswegs als eine Schranke an, sondern geht einfach auf die ungarische Verfassung von 1848 zurück. Die Adresse lautet wörtlich:

„Ew. Majestät! In Bestürzung haben wir das Schreiben Ew. Majestät vom 16. Januar in Empfang genommen. Die drohend ernste Mahnung des Königs fordert uns auf, unseren Empfindungen Worte zu leihen, und das freie Wort, welches aus der Quelle der Wahrheit und dem unerschöpflichen Born so vieler erlebten Leiden geschöpft ist und sich zu dem königlichen Throne Ew. Majestät erhebt, wird nicht in der Wüste verhallen. Wenn jene hochberühmten Männer des Vaterlandes, welche in dieser Periode der Konstituirung Ew. Majestät erlauchte Person umgeben, Ew. Majestät auch gesagt haben, was die Nation in diesen trauervollen 12 Jahren gelitten hat, Alles konnten sie nicht erzählen. Wir Bewohner des flachen Landes, die wir unter den Streichen des entschwundenen Systems am schmerzlichsten litten, wir könnten Ew. Majestät erzählen, wie fremde Beamte unsere heiligsten Erinnerungen verhöhnten, wie sie unsere Nationalität, unsere Muttersprache zum Gegenstand des Spottes machten, wie sie uns aussaugten mit unerschwinglichen Abgaben, und nicht bloß mit diesen, und uns arm machten, denn wir sind arm geworden, wie man uns zwang, die Justiz zu kaufen, welche zahllose Male wegen ihrer Kostspieligkeit gar nicht in Anspruch genommen werden konnte, und bei welcher der Umstand, daß man Magyar war, genügte, um Unrecht zu erhalten, wie ihre Organe zur Nachtzeit in die friedliche Wohnung des Bürgers drangen und ihn unter dem Wehklagen seiner Kinder in Eisen schlugen und in fremde Gegenden schleppten, um dort Opfer soldatischer Barbarei zu werden. Himmelschreiendes hat die gehöhnte Nation ertragen; deshalb wird die Weisheit Ew. Majestät sie nicht verurtheilen, wenn sie jetzt nach so viel Unglück, Unterdrückung und Leid, voll Trauer im Rückblick auf die Vergangenheit und fast ohne Hoffnung für die Zukunft, wenn auch einigermaßen erlöst von ihren Ketten in der Finsterniß, denn noch herrscht es nicht, das Licht, in geräuschvoller Weise aufgetreten ist. Möge Ew. Majestät sprechen, wie einst der Schöpfer sprach: Es werde Licht! und es wird Licht und Leben werden. Möge Ew. Majestät sagen: Volk, deine Wünsche sollen erfüllt, die Gesetze von 1848 hergestellt, allen Verurtheilten die Erlaubniß der Rückkehr ertheilt werden, damit so manche unserer Mitbürger nach zahllosen Leiden wieder das Brot des Vaterlandes essen können, nachdem sie das bittere Brot der Verbannung gegessen haben; sage dies Ew. Majestät geradezu ohne Vorbehalt und mit Vermeidung aller halben Maaßregeln, und die strahlende Sonne wird die Versöhnung zwischen Volk und Fürsten bescheinen.

Tausendjährig ist die ungarische Verfassung, mit tausendjährigem Kampfe hielt sie der Ungar aufrecht, der ewige Kampf hat sein Vertrauen untergraben, die lange Geschichte der Rechtsbrüche ihn mißtrauisch gemacht. Der Erguß unseres Herzens, welcher sich in ehrfurchtsvolle Worte kleidet, wird Ew. Majestät königliche Würde nicht verletzen. Dies ist ein offenes Wort, das Wort des Kindes zum gnädigen Vater: das Diplom vom 20. Oktober, welches mit Berufung auf die pragmatische Sanktion die Verfassung herstellt, wiederstreitet eben dieser, denn, indem es ein zweiseitig verpflichtender Vertrag ist, bindet es Ew. Majestät ebenso sehr zur Aufrechterhaltung der alten und verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, seiner Freiheit und Unabhängigkeit, als es die ungarische Nation verpflichtet zur Treue gegen Ew. Majestät und Anerkennung ihres Erbrechts. Das allerh. Diplom beeinträchtigt ein wesentliches Recht der Nation, zu dessen Aufrechterhaltung der Eid Karls III., des Ahnherrn Ew. Majestät, auch seine Nachkommen verpflichtete. Ew. Majestät befiehlt die Eintreibung von Steuern; aber eben in der pragmatischen Sanktion wurzelt die Bestimmung, daß hiezu nur der Landtag berechtigt ist. Ew. Majestät! Lang ist die Geschichte der Eintreibung der Steuern ohne Vermittelung des Landtags und mit bewaffneter Macht, ihre letzte Wendung die, daß Ew. Majestät ruhmreicher Großvater König Franz I. der Nation zurief: „Doluit paterno cordi nostro."

Allein Ew. Majestät bedarf des Geldes zur Aufrechterhaltung des Staates. Wie sollen wir uns ausdrücken, damit Ew. Majestät erkennen möge, daß der gute Wille aus uns spricht. Wenn Ew. Majestät, was nicht zu bezweifeln ist, das Recht des Landtages, die Steuern zu bestimmen, bestätigt, wenn sie vor der Eröffnung des letzteren kundgiebt, daß sie von der Nation die sofortige Regelung der Steuern erwartet, nicht aber, wenn auch aus brennenden Nothwendigkeits-Rücksichten, dieselbe eigenmächtig anordnet, dann möge Ew. Majestät die deutschen Steuerbeamten entfernen und der Nation vertrauen, und die Nation wird, so ausgesaugt sie ist, Alles bieten, was sie noch in ihrem Säckel findet. Sollen wir von der Angelegenheit der Gerichte sprechen? Ew. Majestät verspricht bis zu den Anordnungen des Landtags einen Antrag des Judex Curiae. Wir begnügen uns damit. Groß aber sind die Nachtheile und um so größer, als, wie Jedermann sich überzeugen kann, das Volk mit solchem Widerwillen diese fremden Gerichte und Beamten betrachtet, daß es lieber keine Gerechtigkeit sucht, als sie bei ihnen zu suchen. Unerträglich waren die Bedrückungen durch Gendarmerie und Finanzwache. Zum Schlusse berufen wir uns auf die Geschichte; groß waren Fürst und Volk, als er im Kreise der Seinen, der Vater unter seinen Kindern lebte. Seit wann ist der Glanz dieses Landes erloschen? Seit die Fluthen der Csele den letzten ungarischen König, der in seinem Lande lebte, verschlangen und Ungarn zum Stiefkinde seines Königs wurde. Ew. Majestät anerkennt selbst die Reife des ungarischen Volkes; das Gebiet unseres Landes ist groß, zweimal so groß als irgend eines der anderen Ew. Majestät unterworfenen Länder; wir sind weder berechnend, noch engherzig, leicht am Bande der Liebe und verfassungsmäßig zu leiten. Ew. Majestät möge geruhen, in unsere Mitte zu kommen, wohin Sie Gesetzesartikel vom Jahre 1536 und 1792 einladen, und die Liebe des Volkes wird jene Felsenburg werden, innerhalb welcher Ew. Majestät ruhig und sicher werden wohnen können. Das wäre groß und königlich. Der große Korvin modert seit 400 Jahren, und jetzt noch lebt er im dankbaren Sinne des Volkes."

Die „Ostd. Post" bemerkt, daß das Graner Komitat in Bezug auf den vorliegenden Fall von der höchsten Wichtigkeit sei, weit wichtiger als selbst das Pesther, weil seine Repräsentanz in dem Ruf stehe, zu den gemäßigtsten zu gehören, weil Gran durch die bekannte Konferenz zu einer gewissen Autorität gelangt, und endlich, weil der Obergespan desselben der Kardinal-Primas selber sei. Wenn das am grünen Holze geschehe, was werde erst am dürren werden? Grade daß die erste Demonstration gegen das Reskript von Gran ausgehe, spreche deutlich dafür, daß entgegengesetzte Demonstrationen durchaus nicht zu erwarten seien, daß die „drohend ernste Mahnung", wie sie für eine Reihe von materiellen Interessen und Konflikten zu spät komme, so in Bezug auf ihre politische Wirkung zu früh in die Welt getreten sei: zu früh, weil jene Klassen, die ein lebendiges Interesse daran hätten, daß die bestehenden Gerichte nicht in einem Chaos verschwinden, daß die Prozeßakten nicht von unverantwortlichen Händen konfiszirt, die Grundbücher nicht zerstört werden, jene Klassen, für welche die Rückkehr Kossuths und seines Einflusses eben so unheilvoll würde, als für die Autorität der königlichen Gewalt, sich noch nicht genug bedrängt, bedroht, gefährdet fühlten, um selber Hand ans Werk zu legen, um selber für ihre Interessen sich zusammenzuscharen und die Regierung zu unterstützen.

Die „Presse" äußert sich in ähnlicher Weise, wie die „Ostd. Post", und sagt dann weiter: „Die strenge, rechtshistorische und scharf oppositionelle Haltung tritt noch deutlicher in der Aufnahme hervor, welche das vorgestern publizirte Einberufungsschreiben für den ungarischen Landtag findet. Die Regierung beruft den Landtag auf der Grundlage des vielbesprochenen 1848er Wahlgesetzes, und hat in demselben nur zwei Punkte modifizirt, indem sie die Verpflichtung des Wählers, der magyarischen Sprache mächtig zu sein, aufgehoben, und zum Sitz des Landtages nicht Pesth, sondern Ofen bestimmt hat. Aber diese kleine Modifikation genügt, weil sie den V. Gesetzartikel des Jahres 1848 antastet und eine Oktroyirung ist, in Ungarn sogleich die Streitfrage anzuregen, ob man der Einberufungsakte Folge leisten solle. Gleichwohl scheint, wie wir aus den ersten hierüber vorliegenden Nachrichten schließen können, eine Wahlenthaltung nicht beabsichtigt zu werden, sondern selbst die liberale Partei in Ungarn wird, nachdem wahrscheinlich einige Munizipien durch Proteste das Recht gewahrt haben werden, zum Landtage wählen. Vorher jedoch wird die Graner Adresse, deren Sprache eine sehr heftige ist, wohl in allen Komitaten das Signal zu einer Demonstration gegen das kaiserliche Reskript werden. Wird jetzt seitens der Regierungsorgane in Ungarn vorsichtig zu Werke gegangen, läßt man sich insbesondere nicht durch Demonstrationen zu Repressivmaaßregeln hinreißen, und vermeidet man endlich, soweit nur irgend möglich, die Anwendung von Gewalt, so ist es noch immer denkbar, daß der Landtag am 2. April zusammenkomme, ohne daß vorher ein neuer Riß Ungarn noch mehr von dem übrigen Oestreich entfremde. Allein nur allzu leicht kann diese Hoffnung vereitelt werden; schon sind in Ungarn die Gemüther viel zu sehr erhitzt, als daß nicht bei dem geringsten Anlaß ein Konflikt entstehen kann, dem die Regierung, weil provozirt, nicht mehr auszuweichen vermag. Ein Schuß, und der Landesfrieden ist unterbrochen; der Belagerungszustand tritt ein, und von Neuem muß das Land der edelsinnigen und politisch reifen Nation von Oestreich zurückerobert werden! Wir wollen dies Schreckensbild nicht ausmalen, aber den Umriß davon wollten wir doch vor die Seele des Staatsministers führen, um die olympische Ruhe zu stören, mit welcher Ritter v. Schmerling inzwischen nun seit sechs Wochen seine Verfassungsstudien für Oestreich macht. Roma deliberante Saguntum periit."

— [Das kaiserliche Manifest an Ungarn.] Die Pesther Abendblätter vom 21. bringen alle das Manifest, „Pesti Naplo" ohne jede weitere Bemerkung, die „Pesth-Ofner Zeitung" mit folgender Hinzufügung: „Indem wir das obige Allerhöchste Manifest in froher Aufregung veröffentlichen, sind wir fest überzeugt, daß bei der Durchlesung desselben der seit mehreren Wochen auf der Brust aller Freunde der Ordnung schwer lastende Alp urplötzlich verschwinden, und das ganze Land freudig aufathmen werde, selbst diejenigen nicht ausgenommen, die eine werkthätige Rolle bei der angeblich im Sinne konstitutioneller Wirksamkeit bezweckten Auflösung aller staatsgesellschaftlichen Bande übernehmen zu müssen glaubten und jetzt einzulenken auf die mildeste Weise veranlaßt werden. Die Munizipien, die so viele Elemente der Ordnung überall in sich schließen, denen nicht das Gesetz von 1848, das im Grunde Niemand befriedigt und den Charakter des Provisoriums in jeder Zeile aufweist, sondern Salus publica suprema lex ist, werden sich jetzt ermannen, das Staats-Oberhaupt giebt ihnen die Boussole an die Hand und hat damit die Richtung bezeichnet, die sie weiter einzuschlagen haben und der sie bisher theilweise nur darum nicht gefolgt sind, weil Ungarns gefährliche, fast unheilbare Krankheit, die Furcht, vor der Menge unpopulär zu werden, diesmal mit ungewöhnlicher Intensivität aufgetreten ist."

Wien, 26. Januar. [Tagesnotizen.] Die heutige Wiener Zeitung" meldet, daß durch Entschließung des Kaisers vom 24. d. der König Franz von Neapel und dessen Brüder, die Prinzen Trani, Caserta und Trapani zu Rittern des Maria-Theresien-Ordens ernannt worden sind. — Der Feldmarschall-Lieutenant Baron Henikstein ist von Verona hier angekommen. Derselbe ist Ueberbringer eines Rapports des Feldzeugmeisters v. Benedek an den Kaiser über die vorgenommene und nun beendete Truppeninspektion. Der Feldzeugmeister wird dieser Tage von Verona hier erwartet. — Der preußische General v. Werder hat das Arsenal, die Equitation und andere Etablissements besichtigt und wird nächste Woche nach Berlin zurückreisen. — Der montenegrinische Artilleriedirektor Marco Vervitza ist aus Cettinje hier angekommen. — Die Zeitung „Neueste Nachrichten" enthält ein Telegramm aus Pesth vom 24. d. In demselben heißt es: „Der Fürst-Primas von Ungarn hat ein Schreiben des Hofkanzlers erhalten, nach welchem der Kaiser schon am 21. Oktober 1860 die Absicht hatte, die Emigration zurückzuberufen. Die Sequestrationsfrage war damals das Hinderniß, woran dieses Vorhaben gescheitert. Jetzt hat der Kaiser eine beschleunigte Lösung dieser Frage befohlen und soll nach Hebung dieses Hindernisses sofort eine allgemeine Amnestie erfolgen. — Das Zempliner Komitat benöthigte, nach dem Berichterstatter des „Pesti Naplo", der vollsten Selbstbeherrschung bei Entgegennahme der Nachricht, daß den Steuerämtern die Weisung zugekommen sei, die vom Komitat eventuell auszuschreibenden Steuern als nicht verpflichtend zu erkennen. — Das Stuhlweißenburger Komitat hat in Folge der Mittheilung des amtlichen „Sürgöny", daß an dem Wahlgesetze von 1848 Aenderungen vorgenommen werden sollen, erklärt, daß sie im engen Vertrauen mit der

Unabhängigkeit Ungarns stehen, und jede oktroyirte Abänderung der Gesetze von 1848, welche dem Volksgefühl entsprechen und diesem Komitate für heilige, unverletzliche Normen gelten, gesetzwidrig sei, und mit den Begriffen von Recht, Gerechtigkeit und Konstitutionalismus im Widerspruch stehe. — Der Magistrat von Szegedin hat beschlossen, dem ehemaligen Komitatsvorstand Stephan Bonyhády alias Perczel, „für die im Jahre 1848 und 1849 an den Dokumenten der damaligen ungarischen Regierung verübten Frevel“ (er ließ alle im Archive befindlichen revolutionären Urkunden mit schwarzem Firniß überstreichen), vor einen Gerichtshof zu stellen und ihn im Sinne der ungarischen Gesetze wegen Urkundenfälschung, bezüglich Vernichtung, zu verurtheilen. — Der in Szegedin stationirte Rittmeister und Kommandant der Gendarmerie ersuchte den Magistrat, ihm, da von Szentes und Vasarhely 32 Mann und 25 Pferde nach Szegedin verlegt würden, für die Ankommenden entsprechende Räumlichkeiten herzurichten. Die Forderung wurde abgewiesen, und die Gendarmen werden nur als „durchziehende Soldaten“ in Bauerhäusern einquartirt. — Die zur Militärexekution in Neutra am 16. d. eingetroffene Kompagnie „Deutschmeister“ ist am 18. wieder abgegangen, nachdem sowohl der an der Spitze stehende Oberstlieutenant, so wie Herr Halzl, durch eine städtische Deputation darum ersucht und ihnen die Versicherung ertheilt worden, daß das Komitat in keinem Falle zur Gewalt schreiten werde und es somit überflüssig wäre, die Stadt durch Militär zu belasten. — In Arad sind, nach einer Mittheilung des „M. O.“, in der Hauptgasse zwei Kanonen, von dem erforderlichen Artilleriematerial umgeben, aufgepflanzt, und wie man hört, wird auch die Aufführung mehrerer Kanonen auf dem Hauptplatz vorbereitet, ja es wird sogar gerüchtweise erzählt, daß die Baumreihen neben den Festungswällen niedergehauen werden sollen. — Die Festungswälle von Temesvar werden, wie man dem „M. O.“ schreibt, mit Kanonen, Erdanhäufungen und Pallisaden versehen, wobei die größte Energie und Schnelligkeit entwickelt wird. — In Tokai hat man, wie bisher in Ungarn kaum erhört war, den konstitutionellen Beamtenkörper aus jenen Männern zusammengesetzt, welche denselben unter der früheren Regierung bildeten. „Die Tokaier“, bemerkt die „Oestr. Post“, „sind praktische Leute und zeigen, daß ihnen mehr daran liegt, tüchtige, geschulte Beamte, als Schreihälse zu haben. Der Ausschuß besteht aus 43 Personen, vereinigt alle Konfessionen und zählt auch zwei Israeliten.“ — Aus Köbes-Kallo wird dem „M. Sajto“ geschrieben, daß daselbst die Nationalgarde bereits faktisch ins Leben getreten sei. Der Unterschied zwischen den Garden des Jahres 1848 und denen des Jahres 1861 bestehe darin, daß im Jahre 1848 die Exerzitien bei Tage abgehalten wurden, während jetzt die Uebungen des Nachts stattfinden. Häufige Diebstähle machen nämlich den nächtlichen Dienst, wie man sagt, zur unabweislichen Nothwendigkeit. — Wie dem „M. O.“ von Neutra geschrieben wird, wurde ein allgemein geachteter Advokat, dessen Konzipient eine von den bisherigen Gerichten angeordnete Exekution vollzogen hatte, dieser Tage mit einer Katzenmusik und mit Einwerfen seiner Fenster beehrt. Der erwähnte Advokat machte den lärmenden Haufen selbst aufmerksam, daß auch noch hier und auch noch dort ein Fenster sei, indem er sich äußerte, daß er es selbst bei solchen Gelegenheiten gern sehe, wenn sich Feuer in der Jugend zeigt. Am 13. d. wurde dem durchreisenden, gewesenen Stuhlrichter aus Aranyos-Maroth dieselbe Ovation zu Theil.

**Sachsen.** Leipzig, 26. Jan. [Verwarnung.] Das Kreis- und Verordnungsblatt des Regierungsbezirks Leipzig enthält folgende Generalverordnung, im welcher die Stadtverordnetenkollegien verwarnt werden, sich mit andern Fragen als den in ihr Bereich gehörenden zu beschäftigen:

„In einzelnen Städten des hiesigen Regierungsbezirks ist es neuerlich vorgekommen, daß Stadtverordnetenkollegien als solche mit andern Gegenständen sich beschäftigt haben, als auf welche ihre Kompetenz durch ausdrückliche gesetzliche Vorschrift (§. 115 der Allgemeinen Städteordnung) beschränkt ist. So ist z. B. darüber berathen und Beschluß gefaßt worden, ob und in welcher Weise der Beitritt zu den bekannten Petitionen um Wahlreform von den Stadtverordneten erklärt werden solle. Die unterzeichnete Regierungsbehörde hält sich für verpflichtet, auf die offenbare Ungesetzlichkeit eines solchen Gebahrens mit dem Beifügen aufmerksam zu machen, daß man wieder vorkommenden Falls Aufsichts wegen zu ernsterm Einschreiten sich genöthigt sehen würde.

Leipzig, 14. Jan. 1861. Königliche Kreisdirektion. v. Burgsdorff.“

**Württemberg.** Stuttgart, 25. Jan. [Dannecker und das Konkordat; Landwirthschaftliches.] Dem als Domkapitular nach Rottenburg abgehenden bisherigen Stadtpfarrer v. Dannecker hierselbst werden von seinen Verehrern Festlichkeiten bereitet werden. Dieser, wegen seiner Mitwirkung beim Abschlusse des Konkordats zum päpstlichen Hausprälaten ernannte Würdenträger ist als nunmehriger Domkapitular vielleicht zur Vertheidigung dieses Staatsaktes in der Kammer ausersehen. Die Tageschronik verzeichnet die Thatsache, daß von 31 evangelischen Diözesen des Landes, welche bis jetzt über ihre Verhandlungen öffentlich berichtet haben, oder mit anderen Worten, von zwei Dritttheilen der evangelischen Diözesen, 29 ihr Mißtrauen gegen das Konkordat ausgesprochen und den Schutz des Staates und des Landesbischofs dagegen angerufen haben. — Um die gleichzeitige Ausbildung einer größeren Anzahl von Lehrern für den landwirthschaftlichen Fortbildungsunterricht zu erzielen, hat die Regierung an der Akademie zu Hohenheim für Schullehrer einen besonderen Lehrkursus über einzelne landwirthschaftliche Fächer errichtet, welcher vergangenen Herbst von 22 Lehrern besucht worden ist. (N. P. Z.)

**Frankfurt a. M.**, 26. Jan. [Bundestagssitzung.] Bei Beginn der gestrigen Bundestagssitzung erfolgte die Notifikation von dem Ableben des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. und der Thronbesteigung des Königs Wilhelm von Preußen, sowie der Ueberreichung der neuen Kreditive der Gesandten. Hierauf beantragte der Militärausschuß die Verwilligung der Mittel zu einem Kasernenbau in Mainz, so wie der Auszahlung einer jährlichen Pension von 300 Thlrn. (von jetzt an) an den Geh. Rath Hannibal Fischer (ehemaligen Kommissar der deutschen Flotte), und endlich, daß eine gemischte Kommission von Generalstabsoffizieren die süddeutschen Eisenbahnen besichtigen solle, wie schon seit lange angeregt worden. — Der Verleger der Bundesprotokolle ließ das Forterscheinen derselben in einem andern Format (Folio) anzeigen. Senator Dr. Müller, der Gesandte für Frankfurt, wurde in verschiedene Ausschüsse gewählt, denen sein Vorgänger, Dr. Harnier, angehört hatte. Sonst Eisenbahnnachweise rc. (Pr. Z.)

**Hamburg,** 25. Jan. [Zur Gewerbefrage.] Neben der binnen Kurzem an die Bürgerschaft herantretenden Berathung über das Budget, wird dieselbe demnächst auch die Gewerbefrage in Angriff zu nehmen haben. Es ist derselben nämlich vorgestern aus ihrer Mitte abseiten des zünftigen Goldschmiedes Fr. Neßmann, dem intelligentesten unserer Gewerbetreibenden, der in diesem Sinne schon seit Jahren in der Presse thätig ist, ein Antrag auf Aufhebung und Expropriation der Realgerechtsame und Erlaß eines auf völliger Gewerbefreiheit beruhenden Gewerbegesetzes unterbreitet worden. Als Grundzüge dieses Gewerbegesetzes stellt der Antragsteller folgende hin: 1) Jeder hamburgische Bürger ist zum selbständigen Betrieb eines oder mehrerer Gewerbe im weitesten Umfange befugt. 2) Eine spezielle Konzession ist nur erforderlich, wenn das betreffende Gewerbe so dringende Gefahren für die öffentliche Sicherheit mit sich bringt, daß einem, nachträglich gegen den Gewerbtreibenden erhobenen Anspruch auf Entschädigung voraussichtlich von demselben nicht genügt werden kann. In allen andern Fällen genügt eine Anzeige bei der betreffenden Behörde. 3) Das Recht, ein Gewerbe zu betreiben, oder eine ertheilte Konzession kann nur auf Grund einer Entscheidung der ordentlichen Gerichte beschränkt oder entzogen werden. 4) Die Vereinigung der Mitglieder eines oder mehrerer Gewerbe zu gemeinsamen Zwecken ist unbehindert, doch dürfen die Statuten solcher Verbindungen den Staatsgesetzen nicht widersprechen; der Beitritt zu denselben ist ein freiwilliger und haben dieselben kein Recht, Jemand in der Ausübung seines Gewerbes zu hindern oder zu beschränken. 5) Das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Hülfsarbeitern und den Lehrlingen beruht auf gegenseitig zu verabredender freier Uebereinkunft.

## Großbritannien und Irland.

London, 24. Januar. [Die Presse über die schleswig-holsteinsche Frage.] Die Note Lord John Russells an Herrn Paget in Kopenhagen ist aus den deutschen Blättern jetzt auch in die englischen übergegangen, aber die daraus indirekt zu schöpfende Belehrung über die Zustände in Schleswig hat bis jetzt an dem Urtheil der hiesigen dänischgesinnten Organe nichts geändert. Die Polemik zwischen dänischen und deutschen Federn war seit vierzehn Tagen ziemlich lebhaft. Im „Morning Advertiser“ ist die Herzogthümerfrage vom Standpunkt eines deutschen Demokraten auseinandergesetzt worden. Auch die gestrige Nummer enthält einen solchen Artikel zur Entgegnung auf mehrere dänische Zuschriften. Im „Globe“ hat Karl Blind für die schleswig-holsteinsche Sache das Wort genommen, wogegen vorgestern wieder ein „Slesvico-Danus“ zu Felde zog. Der Kampf ist im Ganzen ein ungleicher; nicht nur weil auf eine deutsche Zuschrift in der Regel fünf dänische kommen, sondern weil die gelesensten Organe sich gegen jedes deutsche Argument verstocken. Die „Times“ allein hat nicht nur mehr Leser als die ganze übrige politische Presse, sondern zu ihrem Publikum gehören die einflußreichsten Klassen, und wie wenig dies Blatt sich sogar durch Lord J. Russells Einräumungen sich in ihrem absprechenden Urtheile irre machen läßt, davon giebt ihr gestriger Leitartikel wiederum Zeugniß, der mit derselben Entstellung der Sachverhältnisse, wie alle früheren Auslassungen der „Times“ in dieser Frage geschrieben ist. Dabei entwickelt dies Blatt zugleich die Tendenz, Preußen dadurch von dem Interesse für die Sache Schleswig-Holsteins abzuleiten, daß es die Zustände Oestreichs und die Haltung Frankreichs als dazu angethan darstellt, zunächst und vor allem Anderen die ganze Wachsamkeit Preußens und des deutschen Bundes in Anspruch zu nehmen. Daß die „Times“ auch diesmal wieder in der frivolsten Manier diese Angelegenheit behandelt, darf uns nicht mehr Wunder nehmen. In welcher Art von Humor die „Times“ sich dabei gefällt, wird sich aus der folgenden Probe ergeben, wie sie die Beschwerden der Schleswig-Holsteiner charakterisirt: „Die deutschen Unterthanen des Königs von Dänemark“, sagt das Blatt, „sollen nicht dänisch gelehrt, sie müssen vor jeder Ansteckung skandinavischer Unreinheit geschirmt und bewahrt werden. Man fürchtet, daß die Einwohner Holsteins sich gewöhnen könnten, k anstatt ch zu sagen oder mit einem für teutonische Ohren widerlichen Nasenlaut zu sprechen!“ — Die „Morning Post“ ergeht sich wenigstens nicht in solchen Abgeschmacktheiten. Sie hat die Offenheit, gerade heraus zu erklären, daß ihr die Sache unbequem ist: Europa habe der politischen Wirren und Unruhen schon mehr als genug; „wir brauchen uns nicht noch eine dänische und deutsche Frage als Zugabe zur italienischen für 1861 aufzubürden.“ Schließlich bemerkt sie, daß das britische Kabinet seinen Einfluß schon in Berlin und Kopenhagen „in versöhnlichem Sinne“ aufgeboten habe, meint aber, daß die „weisen Worte eines britischen Staatsdieners nicht im Stande sein dürften, den deutschen Enthusiasmus zur Ruhe zu bringen.“

— [Ueber die politische Lage Europa's] schreibt der „Morning Herald“: „Daß die gegenwärtige Verwickelung in Europa kaum anders als durch das Schwert gelöst werden kann, muß Jedermann auf den flüchtigsten Blick klar werden. Wohin wir blicken, entdecken wir geringe Aussicht, dem Kriege zu entrinnen. Frankreich und Italien, Deutschland und Rußland verfolgen jedes mehrere Zwecke, und diese Zwecke sind nicht dieselben. Polen und Ungarn, Slaven und Rumänen, Kroaten und Venetier, alle brennen danach, in dem großen Kampfgedränge eine hervorragende Rolle zu spielen. Die revolutionären Führer, die Landsknechte aller Nationen, fliegen hierhin und dorthin wie Sturmvögel, die den Dynastien Unheil bedeuten; Niemand aber weiß, über welch halb entwickelte „Ideen“ die Sphinx der Tuilerien brütet, welche ausführbare und nicht ausführbare Pläne sich in dem redlichen Kopf des schweigsamen Verbannten von Caprera jagen. Aber ohne alle Spekulation wissen wir schon genug, um einen rechten Höllenbreughel vorauszusehen. Wir wissen, daß Oestreich den Antrag Venetien zu verkaufen mit Verachtung zurückgewiesen hat; und gleichviel, was Victor Emanuel sagen oder denken oder welchen Mittelweg sein behutsamer Minister anempfehlen mag, werden doch Garibaldi und die Italiener sich von ihrem Vorsatz nicht abbringen lassen. Während Oestreich sich abmüht, irgend eine Art von Herrschaft über die Nationalitäten zu behalten, denen es ein ungewohntes Maaß von Freiheit gewährt hat, wetzen seine Feinde die Werkzeuge, mit denen sie es in Stücken zu schlagen denken. Von einem Ende Frankreichs zum andern widerhallt das Getöse der Kriegsrüstungen. Die Armee wird im Frühjahr um 150,000 Mann stärker sein als die des vergangenen Jahres, und man weiß, daß Frankreich für den Fall des Krieges versprochen hat, die Lombardei mit einer Besatzung zu versehen. Auch dann könnten die Italiener ihre Kraft erfolglos an den ehernen Mauern des Festungs-Vierecks erschöpfen, aber man weiß aus dem Beispiele von 1848, daß Oestreich, auch in der Fülle seiner Macht, außer Stande ist, es mit Italien und Ungarn zugleich aufzunehmen. Wir hatten gehofft, die Ungarn, die vom Kaiser Franz Joseph so großmüthig mit Freiheiten und Privilegien bedacht worden sind, daß man sie in Wien mit einer gewissen Eifersucht als die verzogenen Kinder des Kaiserstaats betrachtet, diese Ungarn würden gesunden Verstand genug besitzen, um sich nicht zu Mitschuldigen eines Planes zu machen, dessen letzte Frucht ihnen bitteres Verderben bringen mag. Ist es nicht besser, Bestandtheil eines mächtigen Reiches zu sein und dabei seine lokale Autonomie zu besitzen, als schwach, vereinzelt und freundlos im Zentrum Europas, und zwar inmitten einer slavischen Konföderation zu stehen? u. s. w.“ Nachdem der „Herald“ die Magyaren schließlich beschworen hat, der Stimme der Klugheit und nicht blinder Leidenschaft Gehör zu geben, wendet er sich nach Downing-Street und sagt: „Aber hier warten wir in aller Seelenruhe das Ergebniß einer Erschütterung ab, die furchtbarer werden kann, als die von 1848. Hat unsere Regierung irgend eine nennenswerthe Anstrengung gemacht, um die drohende Katastrophe abzuwenden? Wir sind zu einer so weit gediehenen Entwickelung der Nichtinterventions-Theorie gelangt, unser Ministerium und unsere Politik haben einen so taubenfarbigen Manchesteranstrich angenommen, daß uns ein Zweifel darüber aufsteigt, ob es wahr sein kann, daß England eine leitende Macht in Europa ist oder früher gewesen ist. Größere Hoffnungen bauen wir auf Preußen. Der jetzige König beginnt seine Regierung, indem er sich in der Herzogthümerfrage auf einen entschiedenen Standpunkt stellt. Allein, er würde wohl thun, diese Frage gerade jetzt ruhen zu lassen, denn es stehen größere Interessen auf dem Spiele, als die von Holstein und Schleswig. Jetzt oder nie ist es Zeit, daß das geeinigte Deutschland der französischen Eroberungssucht entgegentrete.“

— [Eine politische Rede Edwin James'.] Noch kurz vor dem Beginn der Session, hat das liberale Mitglied für den Londoner Wahlbezirk Marylebone vorgestern eine Ansprache an seine Wähler gehalten, Mr. Edwin James, bekannt als Vertheidiger Bernards, angeblicher geheimer Agent Russells bei Garibaldi, Lordkanzler der Zukunft rc. rc. Ueber innere Angelegenheiten äußerte er sich gleich den übrigen Liberalen in der Ferienzeit, sprach von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Parlamentsreform, von der Unzulänglichkeit der Russell'schen Reformbill, von der Dringlichkeit legislativer Reformen und größerer Oekonomie im Staatshaushalte. Gleichzeitig aber theilte er mit, daß er seinen Namen nicht unter das vielfach erwähnte, an Lord Palmerston adressirte Sparsamkeits-Promemoria gesetzt habe. Die Zeiten, meint er, seien gerade jetzt höchst „interessant“. Zwar habe er die absurde Angst vor einer französischen Invasion Englands nie getheilt, denn Kaiser Napoleon wisse sehr wohl, daß er Angesichts des Mißtrauens Rußlands, der Eifersucht Preußens und der Furcht Oestreichs, nur in der Allianz mit England eine feste Stütze seines Thrones besitze. Trotzdem könne Niemand wissen, in welche Komplikationen England durch ihn hineingerissen werden könnte, und deshalb sei es gerathen, wenn eben nicht bis an die Zähne bewaffnet, doch auf alle Fälle gut vorbereitet zu sein. Des Kaisers erster und letzter Gedanke sei der Rhein, dies die traditionelle Politik seiner Familie, und deshalb müsse England darauf bedacht sein, sich wie in Italien der strengsten — Nichtinterventions-Politik zu befleißen. Zum Schlusse spricht er gegen die französische Besetzung Roms und drückt seine besten Wünsche für Italien aus.

London, 25. Jan. [Tagesbericht.] Dem aus dem Kriegsministerium ausscheidenden Grafen Grey werden sämmtliche Freiwilligenkorps im Laufe der nächsten Woche eine Dankadresse überreichen, zur Anerkennung für die Unterstützung, die er ihnen jederzeit mit großer Zuvorkommenheit hatte angedeihen lassen. — In Liverpool sind dieser Tage mehrere amerikanische Schiffe unter britischer Flagge registrirt worden, um, ohne Furcht vor Aufbringung, nach Süd-Karolina mit Salz und mit Baumwolle zurückgehen zu können. — Am vorigen Montag starb zu St. Leonard's im Alter von 74 Jahren Sir Hugh Lyon Playfair, Rektor des Kollegiums von St. Andrews, ein Mann, der sich früher als Offizier in Diensten der ostindischen Kompagnie und später als Beförderer der Wissenschaft bedeutende Verdienste erworben hatte. — Der „Morning Herald“ bespricht dte abschlägige Antwort, welche Herr v. Persigny dem Herrn Olivier auf dessen Gesuch um die Erlaubniß zur Herausgabe einer Zeitung ertheilt hat. Nun wisse man, was von den jüngst so pomphaft angekündigten französischen Freiheiten zu halten sei. Der „Herald“ erinnert daran, daß er allein den Freimuth gehabt, das klägliche Ende dieser napoleonischen Seifenblasen vorauszusagen. — Die Londoner Distrikt-Telegraphengesellschaft, welche innerhalb der Hauptstadt und innerhalb eines Umkreises von 10 englischen Meilen Depeschen von 20 Worten für 3½ Silbergroschen und diese sammt der vorausbezahlten Rückantwort von ebenfalls 20 Worten für 5 Silbergroschen befördert, soll bis jetzt keine glänzenden Geschäfte machen, doch mag dies daher rühren, daß sie bisher nur 50 Zweigbüreaus hat. Sie will diese auf 150 bringen und gegen eine mäßige Jahresmiethe auch besondere Drähte nach einzelnen Komptoirs und anderen Geschäfts-Etablissements legen, die eine starke telegraphische Korrespondenz mit dem In- und Auslande haben. Zum Telegraphiren werden von dieser Gesellschaft ausschließlich Frauen verwendet. — Gemäß den Berichten des englischen Lloyd litten im verflossenen Jahre nicht weniger als 1811 Schiffe Schiffbruch, die völlig scheiterten, was mithin fast fünf Schiffe auf den Tag ergiebt. Im Monat Dezember belief sich die Zahl der Schiffbrüche auf 186. — Wie das „Mechanics Magazine“ berechnet, sind jetzt in den drei Königreichen Großbritanniens, die Kolonieen ausgeschlossen, etwas weniger als neunhundert Millionen Geldstücke in Gold, Silber, Kupfer und Bronze in Umlauf, was ungefähr ein Geldstück für jeden Bewohner der Erde ergäbe. — Die Lieblingstänzerin des Publikums von Dublin, Kate-Collins, hat es für gut befunden, sich aus dem Staube zu machen, um den Verfolgungen des Gesetzes wegen Polygamie (sie hatte fünf Männer auf einmal geehelicht) zu entgehen.

## Frankreich.

□ Paris, 25. Jan. [Lacordaire's Antrittsrede in der Akademie; das Betonen der polnischen Frage; Prozeß Patterson.] Das Ereigniß des Tages war die gestrige Sitzung der französischen Akademie bei Gelegenheit der Aufnahme des Dominikaners Lacordaire. In den Zeitungen, in den Kafé's, in den Salons war die Politik vollständig aus dem Felde geschlagen, und wer von Gaëta sprach, oder vom deutsch-dänischen Streit, oder gar von den Vereinigten Staaten Nordamerika's, konnte sicher sein, keine oder eine ganz andere Antwort zu erhalten, die sich lediglich auf das Fest im Palais Mazarin (jetzt Palais de l'Institut) bezog. Sogar die Nachricht von dem Fall Gaëta's, die sich gestern verbreitete und auf der Börse ein Hausse von 20 Cent. hervorrief, verhallte in den weiten Kreisen des Publikums unbeachtet. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß dieselbe falsch war, sondern kehre zurück zu den Helden des Tages, Guizot und Lacordaire. Nach den Regeln der Akademie ist das neuerwählte Mitglied verpflichtet, in seiner Antrittsrede die Persönlichkeit dessen zu charakterisiren, der den Sessel vor ihm eingenommen. Welch reiches Feld bot sich dem feurigen Geiste Lacordaire's! Das Werk Alexis v. Tocqueville's: „Die Demokratie in Amerika“, gab ihm Anhaltspunkte in Fülle, von denen aus er seine Ueberzeugungen entwickeln, den Geist der modernen Demokratie und ihren körpergewordenen Ausdruck, Napoleon III., angreifen konnte. Unter dem Publikum war die Spannung außerordentlich; es war, abgesehen von dem Interesse, welches die politischen Ueberzeugungen der beiden Redner boten, die von Neuem ausgesprochen werden mußten, dadurch in eine besondere Aufregung versetzt, daß die Akademie zum ersten Male einem Mönche ihre Pforten geöffnet. Von Morgens 10 Uhr an drängte sich die Menge auf dem Platze vor dem Palais, und als um 12 Uhr die Thüren geöffnet wurden, war der Saal bald bis in seine entlegensten und dunkelsten Räume gefüllt. Um 2 Uhr erschien die Kaiserin, die Prinzessin Mathilde und der Prinz Napoleon mit seiner Gemahlin.

Die Rede Lacordaire's ist in der That ein Meisterwerk oratorischer Beredtsamkeit. Ausgehend von den Charaktereigenschaften Tocqueville's sucht er seine Grundsätze als Schriftsteller in das rechte Licht zu stellen. Dazu bietet ihm das obengenannte Werk die nöthigen Hülfsmittel; er zieht bei dieser Gelegenheit eine Parallele zwischen der Demokratie in Amerika, welche die Freiheit im innigsten Verein mit der Gleichheit, aber auch diese nie ohne die Freiheit als die höchsten Güter eines Volkes ansieht, und der europäischen Demokratie, die in ihrem Streben nach Gleichheit die

Freiheit verräth und uns die traurige Wahl zwischen einer Demagogie ohne Schranken und einem zügellosen Despotismus läßt. Die Hauptstütze der wahren Freiheit sieht Lacordaire in dem tiefen religiösen Gefühl, welches die amerikanische Nation (?) auszeichnet, während die europäische Demokratie sich in Träumen einer Humanität ergeht, die sie zur Intoleranz (oder besser, zum Indifferentismus) gegen jede Religion treibt. Diese Parallele ist entschieden der Glanzpunkt der Rede; es fehlt in ihr nicht an scharfen Hieben gegen die nivellirenden Bestrebungen der Demokratie, die, um mit seinen Worten zu sprechen, lieber unter einem Tiber leben wolle, als unter dem uralten Senat des römischen Volkes. Im zweiten Theil seines Vortrages hält sich Lacordaire durchaus an das Leben Tocqueville's, indem er der Leistungen desselben als Mitglied der Kammer unter der Julidynastie und der Republik als Mitglied des Ministeriums wenig erwähnt: „Ich würde auf dieser glühenden Lava nicht Ideen und Tugenden begegnen, sondern Ereignissen und Männern". Von den Ereignissen erwähnt er indessen zwei, die Befreiung des Unterrichts von den hemmenden Schranken und die Rückkehr des Papstes nach Rom unter dem Schutze der französischen Bataillone. Im Schluß, als er die Aufgabe der französischen Akademie in dem Schutze der Freiheit sieht und sie auffordert, an den Beispielen der geistigen Größe der alten Welt diese Verpflichtung zu erkennen; als er sagt, der Kopf Cicero's wurde an die Rednerbühne genagelt, ein ewiges Bild, wie schrecklich den Tyrannen ein Manneswort auf den Lippen eines Redners ist; als er Tacitus erwähnt, der in den Verbrechen selbst der Tugend ein Denkmal gesetzt und in der tiefsten Knechtschaft den Weg zur Freiheit gezeigt: erhebt er sich noch einmal zu einer schwungvollen Höhe. Die Entgegnungsrede Guizots, des steifen pedantischen Doktrinärs, verfehlte ziemlich stark den Eindruck, den sie sonst gewiß, aber nicht nach einem Vortrage des feurigen Dominikaners gemacht haben würde. Für diese Rede muß ich mir indessen einen Platz in meinem nächsten Briefe offen erhalten; die Zeit des Postschlusses drängt und ich habe noch einzelne kleine Neuigkeiten mitzutheilen, die durch langes Aufbewahren leicht verderben könnten.

Vor Allem muß ich Sie auf einen Umschlag in den hiesigen Ansichten aufmerksam machen, der entschieden nicht ohne Bedeutung ist. Man fängt an, hier einen Krieg mit dem deutschen Bunde als eine Möglichkeit anzusehen, während noch vor wenigen Wochen jeder Gedanke an einen solchen als lächerlich bezeichnet wurde. Man darf sich nicht verhehlen, daß in den Augen der Franzosen Deutschland synonym mit Preußen ist und ein Krieg mit Deutschland also natürlich einen Krieg mit Preußen bedeutet. Man flüstert sich hier zu, die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich würden täglich schlechter. Viele schieben die Schuld auf die in Berlin gehaltenen Reden, die Erhöhung des Militärbudgets und andere drohende Indizien, und doch weiß man andererseits auch, daß es keineswegs in den Absichten der preußischen Regierung liegt, einen Krieg um des Krieges willen zu beginnen. Dennoch haben die ängstlichen Gemüther Recht; die Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden schlecht, weil die Entscheidung des großen Kampfes herannaht, den die Gesellschaft seit 1789 führt, und den die germanischen Stämme auf der einen Seite, die romanischen auf der andern ausfechten. Man sieht sich im Vorgefühl der Unvermeidlichkeit dieses Kampfes hier nach Bundesgenossen um; und die slawische Race verfehlt nicht, ihre Dienste den Lateinern anzubieten, um selbst, wie sie zu hoffen scheint, die Beute zu theilen. Die polnische Frage bietet eine gute Handhabe, und eine Broschüre, diesmal nicht mit der Offenheit wie die bekannte „la Pologne et son droit" in die Welt geschleudert, sondern vorsichtig mit dem geheimnißvollen Schleier der Anonymität umgeben, hinter dem, wie man sagt, allerhand Namen sich verbergen, formulirt diesmal diese Frage energischer, indem sie dieselbe auf einen kleinen Kreis beschränkt. Die Flugschrift führt den Titel: „la Prusse et le Congrès le Vienne". Sie fordert Gerechtigkeit, d. h. Ausführung der den Polen im Jahre 1815 zugesicherten Rechte; natürlich, wie man sie im Sinne der aufgeregten Polen versteht. Die Broschüre ist heute Abend erst erschienen.

Unter die Chronique scandaleuse gehört der Prozeß des Enkels des Prinzen Jerome aus seiner Ehe mit der Madame Patterson gegen den Prinzen Napoleon. Dieser Prozeß entscheidet einfach, ob der Prinz Jerome in Bigamie gelebt hat oder nicht, eine Thatsache, die nach dem Code Napoleon entschieden feststeht, da keine Ehe durch den Ausspruch des Staatsoberhauptes gelöst werden kann. Die Verhandlung ist heute aufgerufen worden als „Bonaparte contra Bonaparte".

— [Die französische Okkupation in Rom.] Nachdem Herr Jourdan im „Siècle" in einem längeren Artikel die Lage des Königs Franz II., die Abfahrt der französischen Flotte, und die von der französischen Regierung „in größtem Maaßstabe ausgeübte Humanitätspflicht" besprochen, kommt er auf die Okkupation Roms und des päpstlichen Gebiets zu reden und sagt: „Seit 11 Jahren erfüllt auch hier die französische Regierung eine Humanitätspflicht und liefert den Beweis einer respektvollen Sympathie für das geistliche Oberhaupt der katholischen Religion; (?) aber, spricht dasselbe Motiv, welches zur Entfernung unserer Flotte von Gaëta Veranlassung gab, nicht auch für den Abzug der französischen Truppen aus den römischen Staaten? Die Logik beherrscht mehr, als man denkt, die Dinge auf dieser Welt. Wenn der verlängerte Aufenthalt unserer Flotte in den Augen Europa's den Charakter einer Intervention angenommen hätte, wird demnach der verlängerte Aufenthalt unserer Truppen am Vatikan nicht eine analoge Inkonvenienz haben. Der Schutz, welchen wir Franz II. gewährten, hat, indem er den Angriff Gaëta's vom Meere aus verhinderte, Aufregung der Gemüther, Zweifel über die Absichten Frankreichs, Ermuthigung zum Widerstand und Insurrektion der Provinzen zur Folge gehabt. Der Schutz, welchen wir der weltlichen Macht des Papstthums widerfahren lassen, hat jedoch noch viel unangenehmere Folgen. Wir interveniren in der That in Rom; wir halten daselbst gegen den Willen der Bevölkerung die mit Recht verabscheute Macht der Kardinäle aufrecht; wir berauben Italien des Mittelpunktes seiner Thätigkeit und Einheit, seiner natürlichen Hauptstadt; wir bereiten einem Werke Hindernisse, welches wir selbst begonnen und für welches wir Ströme edlen Bluts vergossen haben. Wir stehen in Rom geradezu im Widerspruch zu uns selbst. Es ist Zeit, daß wir dieser so falschen und gefährlichen Situation ein Ende machen. Wir erfüllen dadurch zugleich unsere Pflicht; denn wir haben versprochen, in Italien nicht zu interveniren, wir haben erklärt, uns jeder Intervention zu widersetzen. An dem Tage, an dem sich die französischen Truppen in Civita Vecchia nach Frankreich einschiffen, werden die größten Verlegenheiten der gegenwärtigen Situation schwinden und die Italiener frei ihre Einheit gründen können." Es verlautet übrigens, daß die Verträge der französischen Truppen in Rom mit den Lieferanten von jetzt ab nur bedingungsweise abgeschlossen werden.

Paris, 24. Januar. [Tagesbericht.] Gestern Nachmittags um 1 Uhr fand die feierliche Auffahrt des General-Lieutenants v. Willisen behufs der Notifikation der Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen im Tuilerienschlosse statt. Zwei vierspännige Galawagen vom Hofe holten, wie dies Gebrauch ist, den General im königlichen Gesandtschaftshotel ab. Von einem Zerimonienmeister eingeführt, fand die Notifikation in den großen Empfangsgemächern der Tuilerien statt. Der General begab sich darauf, gleichfalls dem Herkommen gemäß, zur Kaiserin. Um 2½ Uhr führten dieselben Wagen die außerordentliche Gesandtschaft wieder zurück ins Hotel. — Herr Thouvenel hatte am 22. d. eine Unterredung mit General Willisen, in der namentlich die in letzter Zeit von Preußen gegen Frankreich angenommene Haltung zur Sprache gekommen sein soll. — Monsignor Sacconi, der päpstliche Nuntius, kommt, nachdem die neu ernannten französischen Bischöfe die päpstliche Bestätigung erhalten haben, nach Paris zurück. — Der französische Botschafter in Konstantinopel, Hr. v. Lavalette, wird, wie es heißt, in spätestens zwei Monaten hierher zurückkehren. Möglicherweise liegen hier Reibungen mit dem englischen Botschafter vor. Andererseits ist zu bemerken, daß Herr v. Lavalette von vornherein die Mission unter der Bedingung angenommen hat, nicht länger als ein Jahr in Konstantinopel bleiben zu dürfen. — Der gestrige Ball in den Tuilerien war sehr glänzend und sehr besucht; doch wollte der selbst bei diesen Hoffesten gewöhnliche freudige Ton nicht recht durchdringen. Die traurige Stimmung der Kaiserin übt ihre Rückwirkungen auf die Hofwelt aus. — Die akademische Feierlichkeit, welche glücklich heute vorübergegangen ist, nimmt in den Zeitungen wie in den Unterhaltungen heute den größten Raum ein. Peter Lacordaire hat seine Rede selber abgelesen; noch heute Morgens hieß es, er sei unwohl und müsse, auf ärztlichen Befehl, dieses Geschäft einem andern „Unsterblichen" übertragen. Die Kaiserin, der Prinz Napoleon, die Prinzessin Clotilde und viele Herren und Damen vom Hofe waren auch erschienen. — Nach einer Verfügung des Kriegsministers müssen alle Konskriptionspflichtigen dieses Jahres, ohne Ausnahme, mit dem ersten Februar sich zu ihren respektiven Depots verfügen. — Die Vorbereitungen zur Bildung von 17 neuen Linienregimentern sind der Art getroffen, daß man dieselben jeden Augenblick und in kürzester Frist formiren kann. — Wie man aus Toulon schreibt, soll die Ausdehnung der Kadres in der Flotte für die höheren Grade in folgender Weise stattfinden: 5 Vizeadmiräle, 20 Kontreadmiräle, 40 Linienschiffs-Kapitäne, 10 Fregattenkapitäne, im Ganzen vorläufig eine Vermehrung um 75 Offiziere. — Dem „Avenir commercial" zufolge wird das Gepräge der französischen Gold- und Silbermünze in folgender Weise abgeändert werden, und soll die Münze von Bordeaux bereits mit der neuen Matrize zu prägen begonnen haben. Auf der Vorderseite aller Geldstücke wird der Kopf des Kaisers, in Erinnerung der von Napolen III. in Italien persönlich erfochtenen Siege, mit dem Lorbeerkranze geschmückt sein! Auf den Goldstücken von 100—200 Frs. und auf dem Silbergelde von 5—1 Frcs. wird auf der Kehrseite das kaiserl. Wappen: Mantel, Scepter u. drgl. angebracht sein. Die Kehrseite der Kupfermünzen bleibt unverändert. — Die Kuppel des Invalidendomes in Paris, welche unter Louis XIV. zum ersten Male und unter dem ersten Kaiserreich zum zweiten Male vergoldet wurde, soll nun zum dritten Male auf galvano-plastischem Wege vergoldet werden. — Gräfin von Goyon hat sich zu ihrem Gemahl, dem General der Okkupationsarmee, nach Rom begeben.

Paris, 26. Januar. [Telegr.] Die heutige „Patrie" erklärt es für falsch, daß Frankreich Dänemark zum Widerstande gegen die Forderungen Deutschlands ermuthige und daß das französische Gouvernement eine Flotte für die Ostsee ausrüste. — Dasselbe Blatt meldet aus Gaëta, daß das Feuer der piemontesischen Flotte bisher kein Resultat gegen diesen Platz erzielt habe.

## Italien.

Turin, 22. Januar. [Tagesbericht.] Wie der „Indépendance" geschrieben wird, ist der politische Zweck der Reise des Prinzen Napoleon nach Turin allerdings einer Verständigung über die römische Frage zugewendet. Garibaldi soll als Preis des Aufgebens seiner sonstigen Pläne gefordert haben, daß Rom im Frühjahr von den Franzosen geräumt werde. Graf Cavour habe versprochen, im Sinne dieses Verlangens, das er vorhergesehen und zu dessen Erfüllung er bereits die einleitenden Schritte gethan, fortzuwirken, und General Bixio sei mit einer neuen Mission nach Caprera gegangen, um Garibaldi über die neue Phase der römischen Frage und die neue Haltung, welche das Ministerium den sich vorbereitenden Ereignissen gegenüber einnehmen werde, die nöthigen Aufklärungen zu geben. — Die Reise des Prinzen Humbert und des Herzogs von Aosta nach Florenz ist als eine der Sendung des Prinzen von Carignan analoge Mission anzusehen. Prinz Humbert, welchem der Baron von San Martino als verantwortlicher Rath beigegeben ist, wird mit seinem Bruder den Palast Pitti beziehen, sobald der Baron Ricasoli denselben verlassen haben wird, um seinen Sitz im Parlament einzunehmen. — Der Finanzminister Veghezzi ist, in Anbetracht der finanziellen Verlegenheiten und der Schwierigkeit, Abhülfe zu schaffen, entschlossen, seine Entlassung zu geben. Ein Anleihen könnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur zu sehr drückenden Bedingungen abgeschlossen werden, und doch will man in der Ernennung des Bankiers Bolmida, Korrespondenten von Rothschild, zum Baron, das Vorzeichen eines neuen Anleihens sehen. — General Fanti ist noch nicht ganz hergestellt. Er tritt auch nach Eröffnung des Parlaments aus dem Kabinet. — Der Karneval läßt sich nicht sehr heiter an. Die Politik, die Handelskrisis und die Theuerung sind Schuld daran. — Wie die „Nationalités" berichten, versichert man, daß die Regierung mit einer Gesellschaft Kapitalisten wegen des Baues einer großen Waffenfabrik in Lucca in Unterhandlung stehe. Für das erste Jahr wäre der Kriegsminister bereit, eine Bestellung auf 15,000 Gewehre zu machen; für das zweite eine auf 20,000 und so fort für die folgenden Jahre. Diese von einer Privatgesellschaft geleitete Fabrik würde dadurch gleichsam eine Sukkursale der in Brescia und Turin bestehenden Regierungsfabriken. — Die Soldaten der italienischen Armee tragen nun Epauletten nach Art der französischen, welche ihnen ein mehr kriegerisches Aussehen geben sollen. — Der Kriegsminister hat an den Kommandanten in Mailand die Ordre geschickt, sämmtliche Kavalleriekasernen herrichten zu lassen, und die Stallungen, welche als Reitschulen benutzt werden, wiederherzustellen. — Die Munizipalität von Mailand hat dieser Tage den Grafen Cavour, den Ritter Farini, den Baron Ricasoli und den General Garibaldi zu Ehrenbürgern ernannt. — Die Ankunft eines moldauischen Dampfers in Genua mit ungarischen Flüchtlingen aus den Donaufürstenthümern wird dementirt. — Der zwischen Genua und Amsterdam verkehrende Dampfer „Anna Paulowna" ist zu Grunde gegangen. — Mehrere der in Genua unter der Anklage „reaktionärer Umtriebe" verhafteten neapolitanischen Stabsoffiziere sind nach Turin abgeführt worden. — Der am Turiner Hofe akkreditirte Gesandte der Schweiz hat Turin mit Urlaub auf unbestimmte Zeit verlassen. — Der „Ital. Korresp." zufolge ist Mieroslawski von Genua nach Paris gereist.

Neapel, 19. Jan. [Das neue Ministerium; Wahlbewegung; Stimmung; die Garibaldische Armee.] Das neue Ministerium ist seit vorgestern gebildet. Die öffentliche Meinung scheint im Ganzen zufrieden zu sein. Gestern begab sich jedoch eine Deputation der Nationalgarde zu Nigra und beklagte sich darüber, daß ein Mitglied des alten Ministeriums, Spaventa, in dem neuen sitze, und machte auch Vorstellungen gegen andere der neuen Namen. Der Generalsekretär antwortete ihr, daß der Fürst-Statthalter in allen diesen Ernennungen lediglich Liborio Romano, als dem vorgeblichen Vertrauensmanne der öffentlichen Meinung, gefolgt sei und mithin jener auch die ganze Verantwortung zu übernehmen habe. Am Abend Demonstration in der Toledostraße zu Gunsten der Minister. Man brachte Evviva's auf Romano und Garibaldi aus. Die Ruhe wurde jedoch nicht weiter gestört. — Die Wahlbewegung dauert fort. Gegenwärtig macht ein langes Namensverzeichniß der bisherigen Deputirten in den anti-cavour'schen Blättern die Runde, worin dieselben in drei Kategorien getheilt werden: in solche, die für die Zerstückelung (smembramento) Italiens stimmten, die dagegen waren, und die sich der Abstimmung enthielten. „Alle Wähler Italiens mögen sich dieser Aufzählung erinnern", sagt „Popolo d'Italia", „denn wer einmal schon so stimmte, wird es auch das zweite Mal können." Mit gesperrter Schrift sind unter diesen die Namen von Farini, La Farina und Poerio gedruckt. Betrachtet man die Stimmung genauer, welche in Folge der Abtretung von Savoyen und Nizza einem großen und einflußreichen Theile der italienischen Politiker als Richtschnur dient, so muß man unbedingt zu der Ueberzeugung gelangen, daß jede neue Zession, sei es für irgend welche geleistete Dienste, den Zedenten nicht nur das Ministerium, sondern auch die Krone kosten würde. Man würde sich über die gegenwärtig in Italien herrschenden Ideen gewaltig täuschen, wollte man einem solchen Gebaren in einem neuen Falle irgend einen dauernden Erfolg verheißen. — Die Garibaldi'sche Armee ist wohl jetzt so gut wie vollständig aufgelöst zu betrachten. So erfahre ich unter Anderem, daß von zwei Bataillonen der Division Bixio nur noch neun Mann in Caserta sind und daß von der Division Cosenz gar Niemand mehr dort sein soll. Man hat von Seiten der piemontesischen Regierung offenbar selbst darauf verzichtet, die Kadres der einzelnen Truppenkörper übrig zu behalten. (K. Z.)

## Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Dem „Ami de la Religion" wird aus Rom vom 15. Januar geschrieben: „Die piemontesischen Agenten sind sehr rührig. Sie prophezeien, daß Gaëta fallen wird, sobald die französische Flotte abgegangen ist, und sie fügen mit großer Zuversichtlichkeit bei, daß man sodann sofort auf Rom marschiren wird. Vor 3 Tagen klebte man an verschiedenen Stellen Roms folgende „Victor Emanuel" unterzeichnete Proklamation an. Für die Echtheit der Unterschrift möchte ich allerdings nicht einstehen, aber ich verbürge Ihnen die Existenz der Proklamation: „Soldaten! Ich kehre für einige Tage nach Turin zurück; binnen kurzer Zeit werde ich wieder nach Neapel kommen und dann wird die piemontesische Fahne auf den Thürmen Gaëta's wehen. Ich werde die Nationalarmee wieder bilden und dann werden wir nach Rom gehen, wo wir die letzten Ueberbleibsel von Castelfidardo zerstören werden." — Die Berichte der Gendarmerie aus den Ortschaften an der neapolitanischen Grenze besagen, daß die Royalisten das Land durchziehen unter dem Rufe: „Es lebe Franz II.! Nieder mit Victor Emanuel!" Mobile piemontesische Kolonnen verfolgen sie und wer erwischt wird, wird erschossen. Die Piemontesen haben während der letzten wenigen Monate mehr Italiener ohne Urtheil im Namen der Befreiung erschossen, als die Oestreicher deren während der 10jährigen Okkupation verurtheilt haben." (?)

Die „Patrie" theilt nach einer Privatdepesche aus Neapel einige Details über die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vor Gaëta mit. Die Bourbonisten haben den Kampf am 22., 8 Uhr Morgens, wieder aufgenommen, indem sie gegen die vorgeschobenen Arbeiten der Piemontesen ein lebhaftes Feuer eröffneten. Die Belagerer erwiderten das Feuer mit allen Batterien, allein gegen 5 Uhr ließ es von beiden Seiten nach. Das sardinische Geschwader, größtentheils aus Fregatten bestehend, hat aus sehr großer Entfernung geschossen. Die Piemontesen sollten das Bombardement am folgenden Tage fortsetzen und allmälig die Zahl ihrer Batterien vermehren.

Die Mailänder „Perseveranza" vom 24. Januar berichtet: Das Hauptquartier de Sonnaz' befindet sich in Sora, die bourbonischen Truppen haben sich auf päpstliches Gebiet zurückgezogen. — Die piemontesische Flotte vor Gaëta besteht aus 14 Kriegsschiffen.

Nach Mittheilungen östreichischer Blätter aus Neapel hat die Sache des Königs Franz II. einen neuen kühnen Verfechter in der Person eines gewissen Talarico gefunden, eines geborenen Calabresen, der früher auf Ischia lebte. Dankbarkeit hat ihn veranlaßt, dem Könige seine Dienste anzubieten; der verstorbene König Ferdinand hatte ihm nämlich nicht bloß das Leben geschenkt, sondern auch eine monatliche Unterstützung gewährt. Tolarica hat erklärt, wie Garibaldi an die Spitze der Revolution, so wolle er sich an die Spitze der Gegenrevolution stellen, und ist nun nach Calabrien gegangen, um mit seinem verwegenen Muthe einen Führer der Königlichen abzugeben, deren Streiter bereits auf 10—12,000 Köpfe angewachsen sein sollen und noch täglich durch frühere neapolitanische Soldaten sich vermehren.

Die „Gazette du Midi" bringt das Schreiben eines Freiwilligen, der die bekannte glückliche Expedition neapolitanischer Soldaten aus dem päpstlichen Gebiete von Ascoli nach Tagliacozzo mitgemacht hat. Der Empfang, den die Soldaten seitens der Landleute erfuhren, war im höchsten Grade sympathisch. Lebensmittel und Wein wurden ihnen aller Orten entgegengebracht, und überall baten die Landleute förmlich um die Vergünstigung, sich den Soldaten anschließen und mit ihnen für Franz II. kämpfen zu dürfen. Als der kommandirende Offizier ihnen sagte, daß er sie zwar mit Freuden aufnähme, ihnen aber weder Sold noch Nahrung und nur den Dank des Königs in Aussicht stellen könne, riefen sie einmüthig: „Es lebe Franz II." und schlossen sich der Kolonne an. In Carsoli wurden bei der Ankunft der Soldaten alle Häuser glänzend beleuchtet. Viele von den mit Flinten bewaffneten Landleuten sind sehr gute Schützen und werden als solche nützliche Dienste leisten.

(Beilage.)

## Spanien.

Madrid, 20. Jan. [Offizielle Berichtigung; die Klubs.] Nach der „Madrider Zeitung“ wurde in diese Zeitung aus Versehen eines Subalternbeamten eine Anzeige eingerückt, wonach die königliche Familie wegen Ablebens des Grafen von Montemolin und seiner Gemahlin Trauer angelegt habe. Wie nun obiges Journal bemerkt, findet deshalb keine Hoftrauer statt. — Der „Clamor Publico“ behauptet, daß die Klubs noch nie so besucht und die Diskussionen noch nie so lebhaft waren, als seit der Nachricht von dem Tode des Grafen von Montemolin. Es giebt Leute, welche den Vorschlag machen, eine Kommission möge sich zu einer Unterredung mit Don Juan nach London begeben, um ihn zu veranlassen, feierliche Abbitte wegen seiner früheren Irrthümer zu leisten.

Madrid, 21. Jan. [Investitur.] Gestern fand im Palast die Feierlichkeit der Investitur einiger spanischer Granden, unter Anderen des Generals Prim, statt. Letzterer schwur bei dieser Gelegenheit, für die Rechte und die Person der Königin im Nothfall zu sterben, was auch immer für Ereignisse sich in Europa zutragen würden.

## Rußland und Polen.

Petersburg, 15. Jan. [Die französischen Absichten im Orient.] Die „Nord. Biene“ schreibt: „Vor einem halben Jahrhundert wollte Napoleon I. Indien unterwerfen, um Englands Macht zu vernichten. Diese Meinung ist in ihrer ursprünglichen Reinheit und in pedantisch beibehaltener Form von den Vorfahren auf die Nachkommen übergegangen.“ Mit diesen Worten leitet das Blatt eine Kritik des Unternehmens Napoleons I., nach Indien zu gelangen, ein und knüpft an die syrische Frage die Bemerkung: „Wer glaubt, den aufgenommenen Plan des Oheims darin zu erblicken, irrt sich gewaltig.“ Dagegen wird ausgeführt, die syrische stehe mit der egyptischen und Suezfrage in enger Beziehung. Die syrische Frage sei das Resultat der Jahrhunderte alten Politik Frankreichs. Frankreich wisse sehr wohl, ein längerer selbständiger Bestand der Türkei sei eine Unmöglichkeit, doch möge es nicht zugeben, daß sich die Nachbarn darin theilen. Sein Streben sei offenbar auf die Zerstückelung der Türkei in mehrere selbständige Staaten gerichtet. Napoleon III. habe in dieser Beziehung die Pläne seiner Vorgänger nicht aufgehoben. Wonach Thiers 1840 strebte, sei auch sein Ziel. Louis Philipp fehlte es jedoch an der Macht, auf welche sich das jetzige Frankreich stützen kann. Thiers gelang es kaum, eine zweifelhafte Autonomie Egyptens durchzusetzen. 1850 wurde die Autonomie Montenegro's, Serbiens, der Moldau und Walachei festgestellt. Jetzt ist Syrien an der Reihe. . . . 1860 griffen die Maroniten, von katholischen Missionären aufgewiegelt, die Drusen an. Diese rächten sich, und Tausende von Ermordeten fielen dem schlau angelegten politischen Plane als Schlachtopfer. . . . Alle Mächte oder besser die Bevölkerungen jedes Staates beeilten sich, den unglücklichen Hinterbliebenen beizustehen. Frankreich machte den Vorschlag, ein europäisches kombinirtes Kontingent nach Syrien zu senden, um die Sicherheit der Christen zu gewährleisten. Das Kalkul war richtig. Keiner Macht, als Frankreich, lag so viel am Orient, daß sie dort ein fremdes Land mit ihren Truppen zu besetzen getrachtet hätte. Keine andere Macht Europa's war dazu vorbereitet. Frankreich allein trat als Repräsentant Europa's auf. Vergeblich protestirte die Türkei, und so wurde die Sache eingefädelt; obgleich dies ziemlich schwierig war, so ist die weitere Ausführung um so leichter. Bevor Frankreich nicht die bündigsten Garantien erhält, daß die blutigen Auftritte sich nicht wiederholen, verläßt es Syrien nicht. Die beste Garantie wäre wahrscheinlich die Gründung eines Vizekönigreiches mit Abd-el-Kader an der Spitze, doch unter der Bedingung, daß dessen Beziehungen zum Sultan dieselben, wie die Cousa's. Mit einem Worte, die Trennung Syriens von der Türkei scheint beschlossen.

Ø Aus dem Königreiche Polen, 25. Jan. [Wölfe; Schulwesen.] Im Augustower Gouvernement sollen sich mehrere Wölfe gezeigt haben, und da am 18. d. auf dem Wege durch den Wald bei Radziłów ein Mädchen von 18 Jahren, welches zum Begräbniß der Mutter von einem 1 Meile entfernten Dorfe, wo sie in Diensten stand, gegangen war, spurlos verschwunden ist, vermuthet man, daß es ein Raub dieser Thiere geworden sei. — Den früheren Verordnungen in Betreff der Anlegung und Verbesserung der Landschulen ist jetzt ein neuer Ukas gefolgt, nach welchem Nachweisungen der Dominien und Dörfer eingereicht werden sollen, in denen seit länger als einem Jahre bereits Schulen bestanden, damit die betreffenden Woytämter Prämien oder andere Auszeichnungen zur Aufmunterung für Andere erhalten können. Es wird viel, sehr viel über das Volksschulwesen und dessen Hebung und Verbesserung geschrieben und gesprochen, aber faktisch ist leider noch wenig davon zu Tage getreten, und was nützen treffliche Verordnungen und Gesetze, wenn die Exekutivgewalt säumig ist oder wohl gar ganz schläft! So ist z. B. vor Kurzem folgender Fall vorgekommen: Vor fast einem Jahre waren durch Gemeindefuhren die Steine zum Aufbau eines Schulhauses vor einem Dorfe zusammengeschleppt worden. Als endlich eine Deputation zur Inangriffnahme des Baues auf dem betreffenden Platze anlangt, findet es sich, daß der Edelmann des Dorfes aus dem angefahrenen Material eine Mauer um sein ganzes, bis dahin uneingefriedetes Gehöft aufgeführt hat. Der Bau des Schulhauses unterbleibt natürlich jetzt, — vielleicht für immer!!

## Amerika.

Newyork, 10. Jan. [Die nordamerikanische Bewegung.] Die Zeitungen von Charleston veröffentlichen die Korrespondenz zwischen den Kommissarien von Süd-Karolina und dem Präsidenten Buchanan, welche dem Konvente von Süd-Karolina in geheimer Sitzung vorgelegt worden ist. Sie besteht aus drei Schreiben, in deren ersterem, vom 29. Dez. datirt, die Kommissare von dem Präsidenten verlangen, daß er vor Einleitung der Unterhandlungen den Major Anderson wegen der Besitznahme des Forts Sumter amtlich desavouire. Der Präsident antwortet am 30. Dez., daß Major Anderson allerdings ohne ausdrücklichen Befehl gehandelt habe, daß er denselben aber nicht desavouiren könne, da er im Wesentlichen seinen Instruktionen gemäß gehandelt habe. Diese ihm am 11. Dez. von dem damaligen Kriegsminister Floyd ertheilten Instruktionen schreiben ihm nämlich vor, zwar nicht unnöthigerweise eine feindliche Haltung anzunehmen, die Forts im Hafen von Charleston aber besetzt zu halten und gegen einen Angriff auf das Aeußerste zu vertheidigen; ferner ist ihm in Betracht der geringen zu seiner Verfügung stehenden Truppenmacht, welche es ihm möglicherweise nicht gestatten könnte, mehr als eines der drei Forts zu halten, erlaubt, seine Truppen in einem dieser Forts zu konzentriren, falls ein Angriff auf dieselben gemacht, oder ein Versuch, sie zu besetzen, unternommen werde, oder ein faßbarer Beweis vorliege, daß ein Akt der Feindseligkeit beabsichtigt werde. Wenn also Major Anderson diese bereits nicht in Händen gehabt habe, so habe er bei der Konzentrirung seiner Truppen im Fort Sumter allerdings auf eigene Verantwortlichkeit gehandelt, auch habe er (der Präsident) bei der ersten Nachricht von diesem Schritte die Absicht gehabt, den Major Anderson aufzufordern, daß er seine früheren Stellungen wieder einnehme, wozu er allerdings, um die Truppen sicher zu stellen, der vorgängigen Vereinbarung mit den Behörden von Süd-Karolina bedurft haben würde. Ehe aber noch der Befehl habe ertheilt werden können, sei die Nachricht eingetroffen, daß die Palmettoflagge sowohl über dem Fort Pinkney als über dem Fort Moultrie wehe, und die Behörden von Süd-Karolina selbst haben daher den Knoten durchhauen. Wenn man jetzt von ihm (dem Präsidenten) verlange, daß er die Truppen aus dem Hafen von Charleston entferne, so könne und wolle er das nicht thun, wie das denn auch niemals seine Absicht gewesen sei. In einem Schreiben vom 1. Jan. suchten die Kommissarien das Schreiben des Präsidenten vom 30. Dez. zu widerlegen; dasselbe wurde ihnen indeß von dem Präsidenten mit der auf die Außenseite geschriebenen Erklärung zurückgeschickt: „Dieses soeben dem Präsidenten zugestellte Schriftstück ist von einer Beschaffenheit, daß der Präsident es ablehnt, dasselbe entgegenzunehmen.“ — Nach einer Mittheilung der „Newyork Times“ vom 8. d. M. sind am 5. Abends unter der Leitung eines Adjutanten des Generals Scott 250 Mann Artillerie und Marinesoldaten nebst beträchtlichem Kriegsbedarf auf dem „Star of the West“ von Newyork zur Verstärkung des Major Anderson abgesandt. (Bekanntlich ist das Schiff bei seiner Ankunft in Charleston beschossen und die Landung der Mannschaft verhindert worden.) Von Fort Leavenworth sind 200 Mann mit 130 Pferden nach Baltimore, von Carlisle 60 Mann Infanterie nach Harper's Ferry zum Schutze des dortigen Arsenals abgesandt worden. Das Fort Washington in Virginien ist stark armirt und mit einer Vorrichtung zum Glühendmachen der Kugeln versehen worden, um alle Schiffe, welche die Passage unterhalb der Forts forciren wollen, zu beschießen. — Die Mitglieder des Senats aus denjenigen südlichen Staaten, welche Konvente einberufen haben, sind in Washington zusammengetreten und haben sich über zwei Resolutionen geeinigt, deren erste den betreffenden Staaten empfiehlt, aus der Union auszutreten, und deren zweite die Abhaltung eines Staatenkonvents in Montgomery (Alabama) vor dem 15. Februar vorschlägt, auf welchem Konvente man sich namentlich über die Errichtung eines südlichen Bundes einigen würde. Eine dritte geheim gehaltene Resolution soll die Senatoren aus dem Süden verpflichten, in Washington zu bleiben, um Geldbewilligungen für Heer und Flotte zu vereiteln.

Die „Newyork Times“ vom 8. bringen eine Schilderung der Lage der Dinge in Charleston, welche für die Separatisten keineswegs günstig lautet. Die Stockung des Verkehrs hat bereits große Kalamitäten herbeigeführt, Besorgniß und Schrecken herrscht vor und wird durch jede Post aus dem Norden vermehrt; man erwartete eine entschiedene Reaktion der öffentlichen Meinung zum Nachtheil der Separatisten, wenn Georgia nicht schleunigst einen Weg einschlägt, der Süd-Karolina von Neuem Muth giebt. Die freiwilligen Truppen lagern in ungesunden Gegenden und leiden durch Krankheit, Charleston ist in den Händen eines Pöbelhaufens, die zum Dienst nach Charleston beorderten deutschen und irischen Freiwilligen zeigen sich schwierig und die ärmere Volksklasse leidet stark durch die eingetretene Geschäftsstille. — Am 5. beantragte Mason im Senate, daß demselben die Verhaltungsbefehle für die in den süd-karolinischen Festungen kommandirenden Offiziere und was sonst in dieses Bereich fällt, vorgelegt werden. — Am 7. wurden durch Mr. Bigler aus Pensylvanien 23 verschiedene Promemoria's vorgelegt, in denen darauf angetragen wird, die Resolutionen Crittendens einer Volksabstimmung anheimzustellen. Auch Crittenden sprach sich in diesem aus, und auf ihn folgte Tooms von Georgia mit einer Rede zu Gunsten der Trennung, die mit der Erklärung schloß, daß, „sollte dem Süden sein gutes Recht verweigert werden, er den Gott der Schlachten anrufen und diesem seinen Frieden und seine Sicherheit anvertrauen werde“. — Im Repräsentantenhause dagegen war eine von Adrain aus Neu-Jersey beantragte Resolution, welche die patriotische Haltung von Major Anderson lobend anerkennt, und dem Präsidenten in allen die Aufrechthaltung der Union und der Gesetze bezweckenden Maaßregeln volle Unterstützung zusagt, mit 124 gegen 56 Stimmen angenommen worden. Unter denen, die dafür stimmten, befanden sich die meisten demokratischen Vertreter des Nordens und mehrere aus dem Süden. — Alle Blätter sind voll von Botschaften der Gouverneure der Einzelnstaaten. Gouverneur Hicks von Maryland erklärt, keinen Schritt zur Förderung der Loslösung thun zu wollen, denn dann sei der Bürgerkrieg unvermeidlich. Gouverneur Letcher von Virginia verdammt Süd-Karolina, weil es sich ohne vorhergängige Verständigung mit den anderen südlichen Staaten losgerissen hatte, und erklärt zu gleicher Zeit, daß er jeden Versuch der Zentralregierung, Truppen durch den Staat Virginien zu schicken, um andere Staaten zu zwingen, als eine Invasion behandeln werde. M. Andrew, Gouverneur von Massachussetts, erklärt, daß kein Einzelstaat sich loslösen dürfe und daß er an der Union getreu festhalten werde. Gouverneur Washburn vom Staat Maine empfiehlt versöhnliche Maaßregeln, will aber nichts von einem, dem Geiste der Verfassung widersprechenden Kompromiß wissen. Dagegen ist Denison, Gouverneur von Ohio, für weitgehende Zugeständnisse betreffs des Sklavengesetzes, ohne dabei im Entferntesten einem Einzelstaate das Recht der Trennung zuzugestehen. Gouverneur Burton von Delaware hält fest an der Union, und so thun Andere, sämmtlich in gemäßigten Ausdrücken die Lage besprechend. — Aus Washington wird vom 8. telegraphirt: Das diplomatische Korps soll sich von der Regierung betreffs des zu erwartenden Schutzes der kommerziellen Interessen ihrer betreffenden Staaten Auskunft erbeten, aber noch keine Antwort erhalten haben. — Vom Süden kommen fortwährend Agenten, um Waffen einzukaufen. Die Regierung verkauft deren weder an Privatleute noch an Einzelnstaaten. — Buchanan beharrt fest auf seiner Politik, und als vor Kurzem die Rede davon war, daß die Installirung Lincolns ihre Schwierigkeiten haben dürfte, soll er gesagt haben: „Wenn ich am 4. März noch am Leben bin, reite ich mit ihm zum Kapitol, und wenn sie mich hundertmal ermorden wollten.“ — Die Regierung trifft Anstalten, um die Bundeshauptstadt und die bedeutenden Forts in Vertheidigungsstand zu setzen.

## Vom Landtage.
### Haus der Abgeordneten.

— Die Adreßkommission des Abgeordnetenhauses sollte (berichtet die Korr. Stern unterm 26. d.) heute zu einer letzten Sitzung zusammentreten; sie ist jedoch in Folge eines von ministerieller Seite ausgesprochenen Wunsches abgesagt worden. Man bringt mit dem auf die inneren Fragen bezüglichen Theil der Adresse, deren Wortlaut übrigens noch nicht endgültig festgestellt ist, das Gerücht von dem Rücktritt des Grafen Schwerin in Verbindung; wir unsererseits halten dieses Gerücht mindestens für verfrüht.

— Die Kommission des Hauses der Abgeordneten für die Geschäftsordnung hat die Frage wegen Erledigung des Mandats des Abg. v. Bonin (Genthin), Oberpräsidenten der Provinz Posen, dahin entschieden, daß auf diesen Fall der Art. 78 der Verf. allerdings anwendbar sei und der Abg. v. Bonin durch seine Reaktivirung als Oberpräsident Sitz und Stimme im Hause der Abgeordneten verliere.

— Bis jetzt sind etwa 200 Petitionen beim Hause der Abgeordneten eingegangen. Die Adreßkommission des Hauses der Abgeordneten hat ihre Berathungen beendet. Zum Berichterstatter war zuerst Abgeordneter v. Vincke (Hagen) gewählt; derselbe lehnte aber ab, weil er in einer wichtigen europäischen Frage in der Minorität geblieben ist; er hatte nämlich beantragt, in den Adreßentwurf einen Passus aufzunehmen des Inhalts, daß die einheitliche Konsolidirung Italiens ein europäisches Interesse sei; da dieser Antrag verworfen wurde, wollte Herr v. Vincke die Vertretung des Adreßentwurfs in Plenum nicht übernehmen. Statt seiner wurde dann der Abgeordnete Beseler zum Berichterstatter erwählt (s. Nr. 22). Derselbe wird nun den Adreßentwurf ausarbeiten und den Mitgliedern der Kommission abschriftlich zugehen lassen. Die Debatte im Plenum ist vor Mittwoch keinesfalls zu erwarten. Was sonst von dem Inhalt der Beschlüsse der Adreßkommission verlautet, läßt schließen, daß die Intentionen der Thronrede für verfassungsmäßiges Regiment, für Kurhessen und Schleswig-Holstein und in der deutschen Frage überhaupt einen sehr kräftigen Widerhall finden werden. Die Frage in Betreff der hohen Verwaltungsbeamten ist in derselben Richtung aufgefaßt worden, welche das Haus der Abgeordneten in der vorigen Session bei Gelegenheit des Budgets und der betreffenden Petitionen befolgt hat.

## Militärzeitung.

**England.** [Neue Schießversuche gegen kürassierte Fahrzeuge; Kolonialtruppen; neues Milizgesetz.] Nach den in der englischen „Naval and Military Gazette“ hinsichts ihrer Resultate ausführlich mitgetheilten, neuerdings in England zu Shoeburynes bei Portsmouth angestellten Versuchen, mit gezogenen Kanonen in kürassierte schwimmende Batterien Bresche zu legen, dürften die in diesen Tagen auch in Berlin bevorstehenden Schießversuche gegen kürassierte Zielscheiben, wohl kaum als in der hier vorliegenden so überaus wichtigen Frage entscheidend erscheinen. Es gelang nämlich bei dem erwähnten Falle nur höchst unvollkommen, selbst mit 80—100pfündigen Armstrongkanonen, auf nur 200 Ellen Entfernung, in der als Zielscheibe benutzten, durchaus regelrecht gebauten und ausgestatteten gepanzerten schwimmenden Batterie Bresche zu legen, wogegen es einige Wochen früher in Potsmouth selbst allerdings geglückt war, selbst mit Rundkugeln aus schweren glattläufigen Kalibern, den Eisenpanzer zweier anderer als Zielscheibe benutzten Fahrzeuge zu durchlöchern und einzuschießen. Es waren dies letztere indeß ganz alte, schlechtgebaute Schiffe, welche gleich bei den ersten auf sie einschlagenden Eisenbällen in ihrem Holzwerk aus allen Fugen gingen, und war außerdem bei ihnen auch die neue Bauart mit Schrägstellung der Wände, so daß die einschlagenden Geschosse nur auf eine schiefe Fläche treffen und dadurch leichter abprallen, noch nicht angewendet worden. Auch bei der in England früher zu diesen Versuchen benutzten kürassierten Fregatte „Trusty“ war dies anfänglich der Fall, während sie sich nach ihrem neuerdings erfolgten Umbau auch gegen die heftigsten und gewaltsamsten Schießproben so gut wie unverwundbar erwiesen hat. Einfache kürassierte Zielscheiben dürften nach dem so verschiedenen Ausfall dieser Versuche jedenfalls immer wohl nur hinsichts ihrer Widerstandskraft mit jenen alten schlechten Fahrzeugen in eine Reihe gestellt werden. — Die drei englischen westindischen Kolonial-Regimenter (1., 2., 3. West India Regiment of Foot), welche durch Werbung aus den Eingebornen der dortigen englischen Kolonien und zum Theil aus Negern und Farbigen rekrutirt werden, sind neuerdings nach Art der französischen Zouaven uniformirt worden, doch hat sich diese Uniformirung und namentlich der Turban für das heiße Klima jener Kolonien so schlecht bewährt, daß nach kaum einem Jahre die eingeführte Neuerung wieder aufgegeben werden wird. Außer den genannten drei Regimentern, welche zusammen zu je 2 Bataillone à 6 Kompagnien 3417 Mann stark sein sollen, besitzt übrigens England an speziellen Kolonialtruppen gegenwärtig noch: das St. Helena-Regiment zu 5 Kompagnien mit 434 Mann, das Royal Malta Fensible (Freiwilligen-) Regiment zu 6 Kompagnien mit 639 Mann, das Ceylon Rifle-Regiment zu 9 Kompagnien und 2052 Mann (dabei 2 Kompagnien Invaliden), das Royal Canadian Rifle-Regiment zu 6 Kompagnien mit 675 Mann, das Gold Coast (Goldküsten-) Korps zu 3 Kompagnien mit 345 Mann, die Royal Newfoundland-Companies, 3 Kompagnien zu 344 Mann, zusammen also an Infanterie in 7 Kolonial-Regimentern und 6 Kompagnien oder 11 Bataillonen und 6 Kompagnien 7906 Mann, und an Kavallerie, am Kap der guten Hoffnung außerdem das Cape Corps of Mounted Riflemen zu 12 Kompagnien und 1083 Köpfen. Die Rekrutirung bei allen diesen Abtheilungen findet aus der Bevölkerung der betreffenden Kolonien statt und sind sie nur zum Dienst in denselben verpflichtet. Bei den eingebornen ostindischen Truppen fällt hingegen diese letzte Bedingung fort und sind z. B. gegenwärtig mehrere Regimenter und Reiter-Abtheilungen derselben, zusammen zwischen 3000—4000 Mann, dem englischen Expeditionskorps in China zugetheilt. Auch werden die ostindischen eingebornen Truppenkörper nicht den eigentlichen englischen Kolonialtruppen zugetheilt, sondern sie bilden auch nach ihrem jetzt erfolgten Uebertritt in den königlichen Dienst (früher stand die ganze ostindische Truppenmacht in dem Dienst der Ostindischen Kompagnie) eine besondere, die sogenannte ostindische Armee für sich. — Für die englische Miliz ist zum Zweck einer mit geringerem Zeitverlust verbundenen Einberufung derselben als bisher gegenwärtig ein besonderes Ballotirungsgesetz erlassen worden und müssen mit Anfang September jeden Jahres in jeder Gemeinde Listen der Männer von 18—30 Jahren an die höheren Behörden eingegeben werden.

**Niederlande.** [Ausrüstung der Armee; Festungen.] Die gesammte niederländische Infanterie wird nach einer Bestimmung des niederländischen Kriegsdepartements sofort mit gezogenen Gewehren, nach dem Miniésystem ausgerüstet, und außerdem sollen vorläufig 4 Batterien der niederländischen Artillerie mit gezogenen Geschützen nach dem englischen Armstrongsystem bewaffnet werden werden. — Die Festung Veere wird nach einer Erklärung des niederländischen Kriegsministers an die beiden Kammern geschleift, was nach Ausfall der Berathung einer darüber bereits niedergesetzten Kommission vielleicht auch mit Herzogenbusch erfolgen wird. Grave und Bergenopzoom, über deren Aufgabe ebenfalls berathen worden ist, bleiben hingegen erhalten, eben so auch Venloo und Mastricht sollen zu einem Platze ersten Ranges erweitert werden. —p.

## Aus polnischen Zeitungen.

Der „Dzien. Pozn.“, sagt die „Gaz. Wielk. Xięstw. Pozn.“ in einem ultrakatholischen Eingesandt, „ist besonders in letzter Zeit zu einem Grade von Leichtfertigkeit oder vielmehr von Keckheit gekommen; daß er sich zum obersten Richter der Nation aufgeworfen und sich nicht entblödet hat, selbst die höchsten Würdenträger der Kirche vor sein Forum zu ziehen. Diese Aufdringlichkeit, Inkompetenz und, was noch schlimmer, diese uns gefährlichen Tendenzen länger mit Schweigen zu verdecken, hieße gerade so viel, als ihn in seiner kecken Meinung bestärken, als ob er der allgemeine Dolmetscher der nationalen Meinung wäre, und als ob er das Recht auf seiner Seite hätte. Es ziemt sich daher, nicht um neue Feindschaft oder Polemik zu beginnen, sondern um sowohl die Aufmerksamkeit unsrer geehrten Landsleute als des „Dzien. Pozn.“ selbst auf seine verderblichen Tendenzen zu richten, die er entweder nicht vorhersehen wollte, oder nicht vorhergesehen hat, solche im Allgemeinen nachzuweisen. Wir könnten, da wir den „Dzien. Pozn.“ vom vorigen Jahre vor uns haben, aus den einzelnen Nummern die Grundsätze nachweisen, die er während des ganzen Jahres den Lesern eingeimpft hat. Aber ein derartiges Eingehen bedürfte eines weiteren Raumes und einer längeren Zeit und wäre überdies vollständig überflüssig. Wir wollen also einen kürzeren Weg einschlagen und Alles in der Art nachweisen, daß wir in Kürze Ziel, Mittel und Erfolg des „Dzien. Pozn.“ unseren Landsleuten ins Gedächtniß rufen. Ziel und Aufgabe des „Dzien. Pozn.“ als einer polnischen, für Polen geschriebenen Zeitschrift ist die Vertheidigung der Nationalität, ist, mit Worten für ihre Rechte aufzutreten und uns an Alles zu erinnern, was unsrer Nationalität zu Grunde liegt. Fürwahr ein löbliches Ziel, wer von uns wollte es nicht theilen? Ein uns allen theures Ziel, denn wir Alle wollen von einem Freiheitsgeiste beseelt sein! Ein wichtiges Ziel, ich möchte fast sagen ein heiliges, denn die Liebe zum theuren katholischen Vaterlande ist heilig, und als Pole kenne ich kein anderes Vaterland, als ein katholisches. Wir wollen nun sehen, welche Mittel der „Dzien. Pozn.“ zur Förderung seines Zweckes gebraucht hat. Je heiliger das Ziel, um so schlimmere Mittel hat er mit geringer Ausnahme gewählt. Als nationales Organ hat er die Nationalität zu vertheidigen beschlossen. Die Nationalität beruht bei uns auf dem Gebrauch unserer Sprache, auf dem Gebrauch der uns kraft Traktate gebührenden Rechte, auf Gewohnheiten und Sitten und vor Allem auf der Religion und zwar der katholischen. Der „Dzien. Pozn.“, das muß man ihm zugestehen, hat unsere Rechte vertheidigt, er hat zur Anwendung unserer Sprache angeregt, er hat uns von entdeckten Mißbräuchen in Kenntniß gesetzt, überhaupt sind wir ihm in dieser Beziehung sehr verpflichtet. Aber das Alles bildet nur eine Seite unserer Nationalität. Eine zweite und ohne Vergleich viel wichtigere Bedingung für Bewahrung unserer Nationalität ist die katholische Religion. (Die Polen reformirter Konfession erkennt also der Verfasser nicht als Polen an?!) Diese Seite hat der „Dzien. Pozn.“ ganz außer Acht gelassen; was sage ich, außer Acht gelassen? Nein! Er ist im Gegentheil gegen die katholische Religion offen aufgetreten und hat in seinem Programme beim ersten Erscheinen den Grundsatz ausgesprochen, daß er auf Seiten keiner Partei, weder der katholischen noch der antikatholischen, stände, und das wäre noch gut; aber er ist ganz antikatholisch geworden. Die Beweise dafür hat er in den Nummern seiner Zeitung niedergelegt. Mit dem Haupt der katholischen Kirche hat er den Anfang gemacht. Den Einfluß des Papstes auf Polen stellte er als verderblich für die Nation hin, Gregor den XVI. als einen Mann, der die Polen deshalb verdammt haben solle, weil sie den Aufstand von 1831 zu Stande gebracht. Er wurde widerlegt und schwieg. In der italienischen Frage ist er beständig gegen die weltliche Macht des Papstes aufgetreten; mit der Broschüre: „Der Papst und der Krongreß“ hat er seine Verehrung für die geistliche Macht des Papstes ausgesprochen, aber er schien mit ihr seinen Lesern zu wiederholen: „Hängt die Größe des souveränen Erzpriesters von Quadratmeilen ab!“ Je geringer seine Landfläche, ein um so mächtigerer Herrscher werde er sein; oder nach Napoleons „des Großen“ Behauptung: die weltliche Macht sei dem Papste beschwerlich. Um ein Haar hätte er mit About gesagt: Im äußersten Falle bleibt dem Papste die Stadt Rom, seine Paläste, seine Kardinäle, Prälaten, Kapläne, Nonnen, seine Fürsten und Lakaien, und Europa wird dieser Kolonie Leben verleihen.“ Die civitas Leonina reicht nach der Meinung des „Dzien. Pozn.“ für den Papst hin, um frei über die katholische Kirche zu herrschen. Vielleicht wird er sagen, daß er sich so nicht ausgedrückt habe, hier handelt es sich aber nicht um einzelne Ausdrücke, sondern um den Hauptgedanken, den er befördert hat, und den er unaufhörlich aus den kirchenfeindlichen Zeitungen und Korrespondenten entnommen hat. Alles Katholische galt in den Augen des „Dzien. Pozn.“ für ultramontan, für jesuitisch. Die italienische Angelegenheit, scheint es, hat er mit der polnischen identifizirt. Victor Emanuel, Garibaldi, Cavour, welche das Haupt der gesammten katholischen Welt gewaltsam des Rechtes der Freiheit beraubten, traten im „Dzien. Pozn.“ immer als edle Helden auf, als ob man den edel und ehrlich nennen könnte, der das auf dem Altar der Kirche niedergelegte Opfer ihr gewaltsam entreißt. So sind sie Schritt für Schritt weiter gegangen und sind über das Haupt unserer Diözesenkirche hergefallen. Den Primas der Nation, den bisher noch Niemand des Mangels an Patriotismus beschuldigt hat, oder beschuldigen konnte, wer ihn näher kennt, haben sie vor ihren Richterstuhl gezogen. Sie fingen an seiner hohen Würde zu zerren an. Lelewel, der Greis, der schon mit einem Fuße im Grabe steht und sich lieber auf den Tod vorbereiten sollte, hat es in seinem Namen unwürdiger Weise gewagt, am guten Namen dessen zu reißen, der vielleicht allein von allen polnischen Erzbischöfen sie gegenwärtig würdig repräsentirt. Ferner haben sie ganz Polen, die Geschichte und eine mehre hundert Jahre alte Tradition der Lüge zeihend, als nichtkatholisch verschrieen und obwohl Lelewel gesagt habe, daß er die Päpste katholisch genannt hätte, so habe das gewissermaßen in jener Annahme gelegen, daß sich Polen ohne Katholizismus behelfen könnte. Schließlich thaten sie der kalvinistischen Prediger Erwähnung

und haben sich nicht entblödet, in ihren „Dzien. Pozn.“ eine so kecke Unziemlichkeit aufzunehmen, daß „Christus eine Verschiedenheit der Bekenntnisse verkündet habe.“ Und das war der Dank dafür, daß sich die katholische Geistlichkeit so zahlreich auf dem zu Ehren unserer Abgeordneten stattgehabten Festmahle versammelte; dafür, daß die katholischen Geistlichen bei dem Begräbniß des verewigten Gustav Potworowski zugegen waren. Zu jenem Mahle hat das Posener Kapitel sogar aus seiner Mitte zwei Repräsentanten gesendet. Daß unser hochwürdigster Erzbischof nicht theilnahm, kann nicht Wunder nehmen, denn erstens entspricht es einer hohen Würde, wie der erzbischöflichen nicht, überall und stets zu Befehl zu stehen, und dann hatte er dazu sehr triftige Gründe, die er vor Niemand auseinanderzusetzen braucht. Ungeachtet dessen hat jetzt der „Dzien. Pozn.“ selbst laut und deutlich an dem guten Namen des Erzbischofs und seiner Rathgeber zu zerren begonnen, indem er den Einen wegen seiner Germanisirungsabsichten, den Andern wegen seiner Nationalität verdächtigt. Der „Dzien. Pozn.“ hat sich an die Kapitel gemacht und hat die Würdenstellen vertheilen wollen, als ob er die Verdienste des Geistlichen zu würdigen verstände. Gewiß, diese Herren möchten wohl bisweilen demjenigen einen solchen Platz anweisen, der vielleicht ihrer Meinung nach dazu höchst geeignet wäre, aber keineswegs den Glauben und die Gottesfurcht besäße, die einen Kaplan auszeichnen sollen. Indem sie der ganzen Geistlichkeit schmeichelten, haben sie die Professoren am geistlichen Seminar, die eifrigen und achtungswerthen Kaplane in schlechtes Licht gestellt.

Bei dem Blick in die Zukunft („Dzien. pozn.“ Nr. 298) hat er mit Sehergeiste Trauer prophezeit. Aber sowohl diese Prophezeiung wie alle Vorwürfe, die er dem erzbischöflichen Stuhle gemacht hat, sind ganz unbegründete Vermuthungen und aufgegriffene Mährchen und deshalb auch mit Schweigen (?) abgewiesen. Eine Probe von der Wahrhaftigkeit der Angaben und Nachrichten des „Dzien. pozn.“ will ich anführen. In einer seiner Nummern brachte der „Dzien. pozn.“ eine Berichtigung unter den Warschauer Nachrichten. Hier vertheidigt er die Professoren am geistlichen Seminar in Posen und fügt hinzu, daß, was er von den am geistlichen Seminar bruchstückweise dozirten Wissenschaften gesagt habe, nur von der Dogmatik zu verstehen sei, und macht dem gelehrten Manne, der sie vorträgt, und welcher der Kanonikus Richter ist, den Vorwurf, daß er statt 9 Stunden wöchentlich nur 6 Stunden den Unterricht ertheile, aber das ganze Gehalt beziehe, und daß er niemals die Lehre von den Sakramenten vortrage. Ich will durchaus nicht darauf eingehen, woher der „Dzien. pozn.“ diese falsche Nachricht genommen, ich will auch das übergehen, daß der „Dzien. pozn.“ statt die Sache zu berichtigen, sie durch seine Berichtigung noch schiefer gemacht hat, aber sagen muß ich und zwar ohne Umschweife, daß Alles, was er über den Kanonikus R., resp. über die Dogmatik gesagt hat, abgefeimte Lüge ist! Daß der Kanonikus R. 6 und nicht 9 Stunden wöchentlich dozirt und dafür das volle Gehalt empfängt (was ich übrigens zum ersten Mal aus dem „Dzien. pozn.“ erfahren habe), das zu untersuchen war nicht Sache des „Dzien. pozn.“. Davon kann ihn der Erzbischof befreien, sobald er seinen Lehrgegenstand in der angegebenen Zeit beendet. Was aber den Kanonikus R. und seinen Unterricht betrifft, so muß ich sagen, daß derselbe mit dem Patent versehen ist, denn er ist Dr. theologiae. Er ist ein wahrhaft gelehrter Mann. Seine Unterrichtsmethode ist die von einer Universität, er hat ein vorzügliches System, und über die Sakramente dozirt er stets, selbst in diesem Jahr. Ich frage also, wie es möglich ist, eine solche Verleumdung auf einen Mann zu werfen, der sie in keiner Weise verdient hat? Ich frage ferner, wenn der „Dzien. pozn.“, wie er selbst in seiner Berichtigung sagt, diese Nachrichten aus einer „zuverlässigen Quelle“ geschöpft hat, und wenn also seine sicheren Nachrichten so falsch sind, ich frage, sage ich, was soll man von den Vermuthungen und Mährchen des „Dzien. pozn.“ denken? Zum Ruhm für den „Dzien. pozn.“ und für uns, um ihn deutlich kennen zu lernen, kann ein Artikel aus Warschau in Nr. 293 dienen. In dem Artikel lesen wir: „Mit Trauer muß ich aber bekennen, daß die Erben großer nationaler Namen ...... aus Rom schleppen sie mit großen Kosten die Knochen verdächtiger Heiligkeit herbei; sie senden fabelhafte Summen ab, um den Despotismus der gebrechlichen römischen Theokratie zu erhalten, sie bauen mit großem Aufwand Kirchen aus Ziegel und Marmor für einen gemalten und in Stein gehauenen Gott (?!) .... sie gründen Klöster .... diese Klöster, menschlichen Menagerien ähnlich ....“ Zu diesem Artikel bedarf es keines Kommentars mehr. Wenn ich ihn lese, so glaube ich in den Zeiten der gottlosen Encyklopädisten zu leben. Denn fürwahr, Voltaire, d'Alembert, Diderot, de Prades, Deslandes, d'Argens, Rousseau, könnten nicht gottloser schreiben, als jener Warschauer Korrespondent. Der „Dzien.“ hat seine Arbeit aufgenommen, und zwar um den Patriotismus in einer katholischen Nation zu wecken. Weiter konnte und kann der „Dzien. pozn.“ nicht mehr gehen. Das sind die Mittel, mit denen uns der „Dzien.“ zum Patriotismus führen will, nämlich: Zertrümmerung des päpstlichen Ansehens, Zertrümmerung des bischöflichen Ansehens, unsre Losreißung von ihnen, die Vernichtung des katholischen Glaubens in uns, ferner uns Alle fortzureißen und mit sich zu einem Polen ohne Gott zu erheben. Trotz dem Allen sagt der „Dzien.“ Nr. 298: „Wir hegen die Ueberzeugung, daß wir mit billiger Rücksicht auf Delikatesse, Ehrfurcht und wohlverstandenes Interesse unverdächtige und bessere Beweise unsrer Ehrerbietung und Aufopferung für den Katholizismus und die Kirche abgelegt haben, als die blind hinter einem Loosungswort herlaufenden Leute von entweder verdächtigem Glauben und Patriotismus oder sehr selbstischen Tendenzen, die unser Blatt beständig zur Kategorie unkatholischer Schriften heruntergezogen haben und noch herunterziehen.“ Also will der „Dzien.“ noch zur Zahl katholischer Schriften gehören? Das ist eine neue Art von Katholizismus! Das ist Hohn!

Diesen Mitteln entsprechen völlig die Folgen, die der „Dzien.“ im Großherzogthum Posen hervorgerufen hat. Die erste und hauptsächlichste ist die Spaltung in der Nation. Der „Dzien.“ zertrümmert, anstatt aufzubauen, theilt, anstatt zu vereinen. Er hat uns in zwei Lager gespalten. In ein großes Lager: die Geistlichkeit, die wahren Katholiken und das Volk, und in ein kleines Lager: die Partei des „Dzien.“, deren Theilchen Bürger in geringer Zahl bilden, denn ihrer besitzen wir nicht viele, und auch von ihnen zählen sich nicht Alle zu diesem Lager, und eine gewisse kleine Koterie, die durchaus der Nation vorangehen und derselben ihre Meinung aufdringen will. — Der Spaltung folgt, versteht sich, gewissermaßen als zweite Folge, die der „Dzien.“ nicht vorausgesehen zu haben scheint, eine Schwächung unserer gemeinschaftlichen nationalen Kräfte. Wo zwei Hände arbeiten, erarbeiten sie mehr; wo ein Fürst den anderen unterstützt, geht es leichter vorwärts. Wo Zwei auf Einen losgehen, ist der Sieg leichter. Wo eine Nation ein Herz und eine Seele hat, ist sie durch Einheit mächtig. Mancher von uns wird aber, wenn er sieht, wie ihn der „Dzien.“ in seinen heiligsten Gefühlen verletzt, nicht allzuhurtig ans Werk gehen, denn er weiß gar wohl, daß wir niemals auf dem Ruin des katholischen Altars den polnischen Thron erbauen werden. — Der „Dzien.“ hat ferner zum Triumph uns feindlicher Elemente, denen das System divide et impera eigen ist, beigetragen, so daß uns jetzt mit vielem Vergnügen fremde Zeitungen bespötteln. — Und Manchen hat der „Dzien.“ schlechter gemacht, denn woher kommt es sonst, daß der Peterspfennig bei uns so gering fließt, daß man auf Straßen und in Schänken den Ruf der Geistlichen zerreißt? Das danken wir den Tendenzen des „Dzien.“. Indem er unserer allgemeinen Sache, indem er der Sache Einzelner geschadet hat, hat er sich aber auch selbst geschadet. Denn jeder gute Pole, der auch zugleich ein guter Katholik ist, liest mit Widerwillen und Mißtrauen den „Dzien.“, viele halten ihn bereits gar nicht mehr. So hat also der „Dzien.“, der nur eine Reform, aber keine Spaltung wollte, Spaltung aber nicht Reform hervorgebracht, und hat, während er mit einer Hand aufbaute, dasselbe mit der anderen gewaltsam zertrümmert, dann laß er sich nur ja nicht einbilden, daß der Erzbischof auf ihn hören sollte. (Und die Entlassung Richters?) Der „Dzien.“ hat noch keine Gelegenheit gehabt, unsere lebendigste Kraft und unsere reizbarste Partei zu sehen. Was Nikolaus u. A. gesehen haben, sieht er nicht. Nikolaus hat gar wohl gewußt, daß allein in der katholischen Religion die Macht und das Band unserer Nation beruht, deshalb auch unter seiner Herrschaft die scheußlichen Bekehrungen zum Schisma, deren Folge war, daß ein großer Theil unserer Nation unter russischem Scepter, besonders in den östlichen Provinzen, völlig geistig versunken ist. Das weiß auch Alexander, und er thut dasselbe. Es wissen das auch noch Andere, daher diese Feindschaft gegen Katholiken. (Und dann klagt man doch stets die preußische Regierung an, die nach jeder Seite hin gegen die Katholiken im höchsten Grade liberal sich beweist?) Der „Dzien.“ wollte uns wohl unsere Sprache und unsere Rechte geben, aber um sie gegen Gott zu kehren, indem er uns die Sprache unserer Vorfahren giebt, entreißt er uns ihren Glauben. Nein! Der Nationalismus und Atheismus des „Dzien.“ ist nicht der unsere. Ich frage nun, wohin uns der „Dzien. pozn.“ auf dem Wege, auf welchem er selbst zur Nationalität hastet, führen will? Etwa wirklich zur Nationalität? Keineswegs! Statt uns mit unserer ganzen Vergangenheit in Verbindung zu bringen, der die Gottesfurcht und der Glaube unserer Vorfahren Licht und Kraft verliehen, führt er uns zu irgend einem fremden, uns unbekannten Vaterlande, wenn Gott es zuläßt, aber noch früher sicherlich zur größten inneren Verwirrung und Unordnung, wie die Gegenwart beweist. Nein, ihr Herren, ihr seid auf einem üblen Wege! Im katholischen Glauben ist unsere Nation groß geworden und hat sie sich erhalten. Der katholische Glaube hat sie aufrecht erhalten und hält sie noch heute!

Wer hat in Kurnik auf der Versammlung der Liga in unserem Volke die Nationalität geweckt? Unser Erzbischof! Ja ungeachtet dessen, daß Grünschnäbel trotz seiner Anwesenheit dort in Mützen umherliefen, während ihn der freigebige Wirth mit der ganzen polnischen Gastfreiheit und Offenheit empfing und greise Häupter sowohl der Bürgerschaft, als der Geistlichkeit ihn mit Achtung umringten, blieb er doch und widmete sich unserer Sache. Gut, daß er nicht auf jenem Festmahl war, vielleicht wäre Sr. Hochwürden auch dort etwas Aehnliches begegnet! Wer ist vor einigen Jahren in der polnischen Deputation nach Berlin gefahren? Wer hat hauptsächlich zu den uns günstigen Wahlen beigetragen? Der Erzbischof durch sein Rundschreiben! Wer hat sich um ein katholisches oder polnisches Gymnasium in Gnesen bemüht? Der Erzbischof! Wer hat ohne Scheu vor Beschwerden während der Wahlen Land und Stadt durchzogen? Unsere Geistlichkeit. Und auch in der Sprachenfrage, wer hat da die Stimme am mächtigsten erhoben? Der Erzbischof! Wer hat bisher die polnische Sprache gewahrt? Etwa die Beamten, die uns schon so viele Jahre in fremder Sprache regieren müssen? Etwa die Philologen, die an Gymnasien und höheren Schulen deutsch unterrichten? Nein, unsere Geistlichkeit hat unsere Sprache bewahrt, denn sie lehren Gebete und Katechismus in der eigenen Sprache. Und wenn sie hier und da deutsch zu lehren gezwungen sind (?), so ist das die Schuld derer, welche die Fremden in unser Land geführt oder dazu beigetragen haben. Wer erduldet heute in der Sprachenfrage die meisten Beschwerden, Unannehmlichkeiten und Opfer? Die Geistlichkeit! Schreien ist leicht, aber handeln ist Verdienst! — Mag doch der „Dzien.“ sich nicht einbilden, daß er auf die Weise das Ansehen des Erzbischofs in der Geistlichkeit und den treuen Katholiken wankend macht. Das gelingt ihm nicht! Wen der „Dzien.“ bekehrte, das müßte entweder ein Geistlicher sein, den eine persönliche Feindschaft, oder verletzte Eigenliebe oder der Wunsch, sich die gute Meinung im Zivil (?) zu erwerben, zu dem Schritte treiben — oder ein Katholik im Geschmacke des „Dzien.“ In demselben Augenblick, wo der „Dzien.“ die Trauer des Erzbischofs vergrößert hat, erscheinen die Dekanate der Diözese eins nach dem anderen in Deputation und überbringen ihm Adressen voll Anhänglichkeit und Achtung gegen den erzbischöflichen Stuhl. Je mehr sich aber die Geistlichkeit und die wahren Katholiken um das Haupt der ganzen Kirche scharen, um so heftiger haut der „Dzien.“ auf sie los. „Dzien. pozn.“ willst du ein nationales Organ sein, willst du uns zu zeitlicher Erlösung führen, so sei ein Katholik und ehre unsere heiligsten Gefühle, oder mische dich gar nicht in religiöse Fragen und wir werden dir brüderlich die Hand reichen. Concordia res magnae crescunt, discordia maximae dilabuntur. — So reichen wir dem „Dzien. pozn.“ den zweiten Kelch voll Bitterkeit, möge er ihm als Arznei dienen!“

K. R.

---

# Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 28. Jan. [Militärische Auszeichnungen.] Der „St. Anz.“ enthält die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 12. Januar 1861 betr. die einzelnen Truppentheile Allerhöchst verliehenen Auszeichnungen an ihren Fahnen resp. Standarten. Dieselbe lautet: „Im Verfolg Meiner Ordre vom 1. d. bestimme Ich auf Grund der Mir vorgelegten Uebersicht von denjenigen Truppen, welche die Feldzüge von 1848—49 in Holstein und Schleswig und von 1849 in der bayrischen Pfalz und im Großherzogthum Baden als formirte Truppentheilen mitgemacht haben, daß nachstehende Truppentheile an ihren Fahnen resp. Standarten erhalten (folgt das Verzeichniß der betr. Truppentheile und die verliehenen Auszeichnungen). Ich beauftrage Sie, diese Meine Ordre der Armee bekannt zu machen. Die vorgenannten Truppentheile, welche das Fahnen- resp. Standarten-Band mit Schwertern erhalten, habe Ich von der Verleihung durch Ordre unmittelbar in Kenntniß gesetzt. Den kommandirenden Generalen habe Ich die Fahnen resp. Standarten-Bänder mit dem Auftrage übersandt, solche den betreffenden Truppentheilen nach Ablauf der gegenwärtigen Trauerzeit zugehen zu lassen. Berlin, den 12. Januar. 1861. (gez.) Wilhelm. An den Kriegs-Minister.“ Vom V. Armeekorps befinden sich unter den Truppentheilen, welchen das Band des Militär-Ehrenzeichens mit Schwertern verliehen ist, die drei Bataillone des 2. Brandenburgischen Grenadier-Regiments (Nr. 12), das 1. Schlesische Jägerbataillon (Nr. 5), das 1. Bataillon (Posen) 1. Posenschen Landwehr-Regiments (Nr. 18), das 2. Bataillon (Schrimm) 2. Posenschen Landwehr-Regiments (Nr. 19), und das 3. Bataillon (Krotoszyn) 2. Posenschen Landwehr-Regiments (Nr. 19).

*†* **Kreis Meseritz.** 26, Januar. [Kreis-Sparkasse.] Nach der vorjährigen Uebersicht der Meseritzer Kreis-Sparkasse betrug das Guthaben der Interessenten am Schlusse des Jahres 1859: 4720 Thlr. Es traten im Jahre 1860 hinzu: An Einlagen, 3181 Thlr., an Zinsen 173 Thlr., zusammen 8075 Thlr. Im Jahre 1860 sind dagegen zurückgezahlt incl. der bei Rücknahme des Kapitals baar gezahlten Zinsen 1507 Thlr., und stellt sich demnach am Schlusse 1860 die Forderung der Interessenten auf 6567 Thlr. (1846 Thaler mehr als am Schlusse 1859), welche sich auf 162 Quittungsbücher (34 mehr als Ende 1859) vertheilen. Ende vorigen Jahres betrug das Kapitalvermögen der Kasse 1190 Thlr. in Hypotheken, 908 Thlr. in Pfandscheinen und 4325 Thlr. in Kreisobligationen, zusammen 6423 Thlr., was eine Vermehrung von 1815 Thlr. gegen das Jahr 1859 ergiebt. Durch die zur Erleichterung des Verkehrs bei der Kreis-Sparkasse in den Städten Bentschen, Betsche, Brätz und Tirschtiegel errichteten Nebenrendanturen, so wie durch die am Anfange vor. Jahres in Schanklokalen des ganzen Kreises angehefteten Plakate ist ein günstiger Erfolg nicht erzielt worden, da nur die Nebenrendantur in Bentschen zu einer Auszahlung benutzt worden ist. Schließlich mag bemerkt werden, daß die Kreis-Sparkasse in diesem Jahre eine ziemlich bedeutende Summe zur Prämiirung von Sparkassen-Interessenten aus der Provinzial-Hülfskasse erhalten dürfte, da bei der Sparkasse seine größere Anzahl zur Prämiirung Berechtigter betheiligt sind.

‡‡ **Neustadt b. P.**, 27. Jan. [Ein Erfrorner; Schiedsmannsangelegenheit; Ueberschwemmung.] Der Tagelöhner Valentin Laube, 31 Jahr alt, aus Gronsko Huben, begab sich am 21. d. Abends von dem hiesigen Dominium, wo er gedroschen hatte, auf den Weg nach Hause. Da sein langes Ausbleiben seiner Frau auffallend war, so machte sie andern Tages Anzeige, allein das Suchen blieb vergebens. Erst gestern wurde der Leichnam unweit einer Schonung vom Waldwärter aufgefunden. Er war an dem verhängnißvollen Abend stark betrunken vom Wege abgewichen, ermüdete wahrscheinlich im Schnee, fiel hin und erfror. Spuren äußerer Verletzung waren an dem Leichnam nicht zu bemerken. — Nach der summarischen Nachweisung der Geschäfte des Schiedsmanns für Stadt Neustadt betrug die Zahl der im vorigen Jahre bei demselben anhängigen Sachen 86. Davon wurden 37 streitige und 13 Injuriensachen durch Vergleich, 5 Injurien durch Zurücktreten der Parteien beendigt und 8 streitige, 23 Injuriensachen an den Richter überwiesen. Beim Schiedsamt des Bezirks Schloß Neustadt waren 180 Sachen anhängig. Es wurden beendigt durch Vergleich 67 streitige, 38 Injuriensachen; 1 streitige, 33 Injuriensachen durch Zurücktreten der Parteien, und durch Ueberweisung an den Richter 15 streitige und 26 Injuriensachen. — Heute hatten wir starkes Thauwetter und Glatteis. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn wenigstens die Bürgersteige mit Sand oder Asche bestreut würden, damit ferneren Beinbrüchen vorgebeugt werde, und es müßte mit aller Strenge darauf gesehen werden, daß dieser polizeilichen Anordnung pünktlich Folge gegeben werde. — Unsere außerhalb der Stadt belegene Vorstadt, Lwow (Schwan) genannt, und schon zum Distrikt gehörig, steht fast gänzlich unter Wasser und ist für Fußgänger gar nicht zu passiren. Diese Fluth, durch das schnelle Schmelzen des Schnee's entstanden, findet nirgend Ablauf. Das sind Uebelstände, denen doch baldmöglichst energisch müßte abgeholfen werden.

§ **Rawicz**, 25. Jan. [Wohlthätigkeit; Vergnügungen; Unfall.] In Anbetracht der strengen Kälte haben die städtischen Behörden eine außerordentliche Unterstützung von 100 Thlr. aus der Kämmereikasse den hiesigen notorisch Armen bewilligt. — Innerhalb der hiesigen jüdischen Gemeinde hat sich eine Ressource konstituirt. — Am 17. d. wurde von der Gehrmann'schen Theatergesellschaft hier die Bühne eröffnet. Der Vorstellung ging ein von einem hiesigen Kunstfreunde verfaßter Prolog voran. Direktor Gehrmann hat ein recht tüchtiges Personal engagirt und auch für die äußere Ausstattung seine Schuldigkeit gethan. Wir täuschen uns wohl nicht, wenn wir voraussetzen, daß Rawicz jedenfalls zu den Städten gehört, wo eine wirklich gute Theatergesellschaft einige Wochen im Jahre genügende Subsistenz finden kann. — Der Schornsteinfegermeister Meyer war gestern im Begriff, einen sogenannten russischen Schornstein in der Strafanstalt zu fegen, als plötzlich die Leine riß. Er besaß jedoch Geistesgegenwart genug, sich an einem Balken festzuhalten, und sprang von diesem etwa 1½ Stockwerk herab aufs Gewölbe, das er in senkrechter Stellung glücklich erreichte, ohne sich dabei wesentlichen Schaden zuzufügen.

§ **Rawicz**, 26. Januar. [Der Gesundheitspfege-Verein] besteht hier seit 10 Jahren und wird von 5 Vorstehern, 1 Rendanten und 2 Aerzten geleitet. Am Schlusse des vorigen Jahres zählte er 39 Ehren- und 112 Anspruchsberechtigte, in Summa 151 Mitglieder. Von den Familien der Anspruchsberechtigten wurden 133 Personen durch Krankheitsfälle heimgesucht und erhielten ärztliche Hülfe. 127 erlangten ihre Gesundheit wieder, 2 starben, 4 befinden sich noch in Behandlung. Der Bestand aus dem Jahre 1859 betrug 209 Thlr. 27 Sgr. 7 Pf., die Einnahme 321 Thlr. 5 Sgr. 1 Pf., in Summa 531 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. An Extraeinnahmen flossen u. A. dem Vereine zu: aus der hiesigen Kämmereikasse 10 Thlr., von einem Ehrenmitgliede 10 Thlr., aus einem Vergleich 20 Thlr. 2c. Die Ausgabe betrug (für Aerzte 100 Thlr., Apothekerrechnung 306 Thlr. 2c.), in Summa 428 Thlr. 11 Sgr. 4 Pf. Im Laufe des verflossenen Jahre traten häufige und zum Theil langwierige Krankheiten auf, so daß die Vereinskasse durch die vermehrten Ausgaben in ihrer Existenz ernstlich bedroht schien. Der Vorstand sah sich im Februar v. J. veranlaßt, auf die mißlichen Verhältnisse in einer Generalkonferenz aufmerksam zu machen; in derselben wurde beschlossen, den monatlichen Beitrag der anspruchsbererechtigten Mitglieder um 1 Sgr. zu erhöhen. Diesen Maaßnahmen, wie den mancherlei Spenden und namentlich der Beihülfe der Ehrenmitglieder ist es zu verdanken, daß sich ein günstiger Kassenabschluß herausgestellt hat. Als nachahmungswerth mag hervorgehoben werden, daß Frau Postdirektor Lebius für 7 Postillone den monatlichen Beitrag an die Vereinskasse entrichtet.

r **Wollstein**, 27. Jan. [Thierschau; Versetzung.] Im Laufe dieses Jahres wird in Unruhstadt eine Thierschau stattfinden, und der Karger landwirthschaftliche Verein hat in seiner vorgestrigen Sitzung bereits über das Nähere berathschlagt. — Es steht den katholischen Schulen des Grätzer Dekanats ein empfindlicher Verlust bevor. Wie verlautet, ist nämlich der bisherige Kreisschulinspektor Probst Radtke zu Rackwitz, der den Schulen seines Inspektorats eine vorzügliche Sorgfalt widmete, an Stelle des vor Kurzem verstorbenen Dekans Noak zum Probste an der katholischen Kirche zu Kalau bei Meseritz bestimmt.

ξ **Bromberg**, 26. Jan. [Deutscher Nationalverein.] Gestern Abend fand hier die Versammlung Behufs Konstituirung eines deutschen Nationalvereins statt, welcher über 300 Personen, darunter viele Gutsbesitzer, selbst aus ziemlich entfernt liegenden Gegenden, beiwohnten. Nachdem der Direktor der Realschule, Dr. Gerber, zum Vorsitzenden und der Baumeister Schulemann zum Schriftführer einstimmig erwählt worden, ergriff Dr. Gerber das Wort und sagte u. A. ungefähr: „Was ich Ihnen hier sage, ist nichts Neues; es sind meistens Worte, die auf Ihren eigenen Lippen schlummern... Es giebt Zeiten, die für Kunst und Wissenschaft u. s. w. sehr wohl gelegen sind, Zeiten, in denen ein historisches Prinzip sich entfaltet. Nicht gilt jetzt mehr die Meinung: Derjenige lebt am besten, der sich am wenigsten um den Staat und am meisten nur um seine Privatinteressen kümmert. Wie gesagt, eine Zeit mit solchen Grundsätzen ist die gegenwärtige nicht. Vielmehr heißt es da: Wenn du willst, daß für deine Nachkommen gut gesorgt sei, mußt du es wagen, für das allgemeine Wohl Gedanken zu haben und Ideen zu realisiren... In der Geschichte ist das deutsche stets ein großes Volk gewesen. Seit den ältesten Zeiten hat ein unzerstörbarer Freiheitssinn in der Brust jedes Einzelnen gelebt, und dieser Sinn für Unabhängigkeit ist es auch, den die römischen Geschichtsschreiber an den Deutschen rühmen... Es ist nicht zufällig, daß die deutsche Literatur, wiewohl später als die anderer Völker, jetzt den ersten Rang einnimmt, nicht zufällig, daß Deutschland uns ein Bild der Zerrissenheit darbietet, wie kein anderes Land. Die Sucht frei sein zu wollen, das Streben der Vasallen und Fürsten 2c. nach Unabhängigkeit hat Deutschland zerrissen und es ohnmächtig gemacht nach außen hin. Ich erinnere nicht an schlimme Phasen. Aber schon unter Ludwig XIV. von Frankreich hat sich der Mangel der Zentralisation gerächt... So geht es nicht mehr fort. Das Prinzip, große Massen zu schaffen, das Prinzip der Nationalität ist in neuerer Zeit in die Geschichte eingetreten und sucht sich Bahn zu brechen. Ich erinnere beispielsweise nur an Italien, an die Ideen des Panslavismus, an die Projekte, Portugal mit Spanien zu vereinen u. s. w., ja ich könnte noch an uns ganz nahe Liegendes erinnern; will mir das aber ersparen... Wenn der Deutsche sich aufrafft, national zu sein, so mag bei der Gelegenheit Manches, ja Vieles als Schwärmerei betrachtet werden. Doch glaube ich, sind wir in gegenwärtiger Zeit sehr weit entfernt, eine Gefühlspolitik gelten zu lassen. Wir sind nüchterne Deutsche und die allgemeine Stimme lautet: Schart euch zusammen! Das ist denn auch die Tendenz des Nationalvereins. Er will, daß Deutschland aufhöre, dasjenige zu sein, was es war: ein Bund von allerlei Staaten. Dagegen will er, daß Deutschland ein kräftiger Bundesstaat werde mit einer Zentralgewalt an der Spitze. Da aber eine starke Gewalt ohne Volksvertretung nicht bestehen kann, so will er auch eine solche... Der an der Spitze Deutschlands stehende Staat muß in die Hand bekommen: 1) die Vertretung des Kriegswesens, 2) die diplomatische Vertretung nach außen hin. Behielten alle Staaten wie bisher die diplomatische Vertretung, so wäre nichts erreicht, ja Vieles, wo nicht Alles, verloren. Welches nun der Staat sein soll, der die Zentralgewalt in die Hand nähme, bedarf wohl keiner Frage, und ich nehme dabei Süddeutschland nicht aus. Ueberall weiß man, nur Einigkeit kann helfen und das Gefühl muß sich in Thaten äußern“ u. s. w. Nachdem der Redner nachgewiesen, daß Oestreich unmöglich der Staat sein könne, der sich an die Spitze Deutschlands stellen dürfte, wie ihm selbst die Spitze fehle, und er namentlich jetzt die schwerste Aufgabe nach Außen hin zu lösen habe; wie nur die Furcht vor der Hegemonie Preußens es gewesen, die Oestreich zum Frieden von Villafranca bestimmt hätte u. s. w., fährt er fort: „Ja, Preußen ist es, das an der Spitze Deutschlands stehen muß! Und nur das freie Deutschland mit Preußen an der Spitze kann und wird Oestreich den Halt geben, den es jetzt vergeblich sucht. Wir brauchen uns dabei nicht vor dem Vorwurfe der Anmaaßung zu fürchten. Wir wollen damit nichts weiter, als daß die logische Macht der Thatsachen anerkannt werde. Wer überhaupt gewohnt ist, in der Geschichte ein göttliches Prinzip zu erblicken, wie ein solches sich Bahn bricht, dem wird es klar werden, wie Preußen die providentielle Sendung habe, die Spitze des deutschen Vaterlandes zu bilden.... Jeder Staat Deutschlands fühlt es, daß er an Deutschland gewiesen ist, denn ein jeder derselben ist vom Bestehen Deutschlands abhängig; nicht minder ist Deutschland auf Preußen gewiesen. So viel ist klar, daß Zustände, wie sie in Kurhessen und Schleswig-Holstein zu bedauern sind, nicht vorgekommen wären, wenn Preußen an der Spitze gestanden hätte... Ja, erst wenn Preußen jene Leitung annimmt, kann es sein, was es seiner Natur nach sein sollte.... Aber Preußen braucht auch Deutschland... Jetzt werden in den Kammern wieder vom Volke 7 Millionen gefordert; im vorigen Jahre waren es 9 Millionen! In der Weise kann es nicht mehr lange fortgehen. Völlig im ministeriellen Sinne und gewiß als guter Patriot glaube ich, das Ministerium bedaure es, daß solche Forderungen an das Land gerichtet werden müssen. Und wer würde den Muth haben zu sagen: Ich bewillige nicht! — Wie traurig für uns, wenn wir hören, wie unser so ritterlicher König sagen muß: Sollten Meine Bemühungen, den Frieden zu erhalten, vergeblich sein, so müssen wir siegen oder untergehen. Auf was für Füßen steht ein solcher Staat... Die größten materiellen Anstrengungen würden Preußen nicht sicher stellen. Wir brauchen Deutschland, denn Worte der Diplomatie von 40 Millionen gesprochen, klingen anders als von 17½ Millionen. Es ist Deutschland auf Preußen und umgekehrt Preußen auf Deutschland gewiesen. Die Geschichte weist auf die providentielle Bestimmung Preußens hin. Seit den Zeiten des Großen Kurfürsten ist die ganze deutsche Geschichte nichts anders als preußische Geschichte. Preußen ist Deutschland gewesen in der Idee; es muß dahin kommen, daß es das auch in der That werde... Wie sollen aber die Staaten zum Aufgeben ihrer Souveränität veranlaßt werden? Durch die öffentliche Meinung.... Man muß sich nicht scheuen, den zu brandmarken und als Feigling zu verachten, der zurückweicht vor den Forderungen der Zeit. (Bravo!) Sollte Deutschland nicht im Stande sein Großes zu bewirken, wenn es Pöbelhaufen gelungen ist, Regierungen zu bestimmen? (Bravo!) Preußen ist auch schon deswegen der Staat, dem es gebührt, die Zentralgewalt zu leiten, weil er es allein verstanden hat, fremde Erwerbungen zu germanisiren. Das ist bei Oestreich nicht der Fall gewesen, dem liegen seine Erwerbungen, ich möchte sagen, noch wie Steine unverdaut im Magen.... Wir sind ein Jeder auf seine Hand gemüthlich, und nur die äußerste Noth hat uns dazu gebracht, daß wir nationale Gedanken faßten. Unsere Schriftsteller des vorigen Jahrhunderts, mit Ausnahme Klopstocks, waren schlechte Deutsche. Lessing und Schiller, sonst so bedeutend, Deutsche haben sie nicht sein mögen; sie hatten

keine rechte Vorstellung davon. Ihr Streben war auf Humanität gerichtet. Zur Humanität des Weltalls gelangt man aber im Traum, und darin sind wir gewiß lange gewesen. . . Wenn wir hier in dieser Provinz das Wort Nationalität aussprechen, so bedeutet das, daß wir das thun, was die Praxis der Geschichte vorschreibt. Es heißt nicht etwa: unterdrücken oder die Rechte eines Andern kränken. . . Wenn wir unsere Ohren nicht künstlich verstopfen und hören, was um uns her vorgeht, so können wir wohl in die Lage kommen, des Nationalvereins zu bedürfen und würden wir dann bedauern, demselben anzugehören? In der Ersten Kammer hörten wir neulich von Rechten, welche den Polen hier in unserer Provinz gewährleistet sein sollen. Man schien anzunehmen, daß wir Deutsche nur gewissermaßen hier ein geduldetes Volk wären, wie etwa die Deutschen in Ungarn. (Schallendes Bravo!) Ich glaube, daß hieran nur die Vergeßlichkeit schuld ist, und dieser Vergeßlichkeit müssen wir ein Ende machen. Die Geschichte nimmt ihren Weg über Gräber und Ruinen; wenn ein Volk seine Mission erfüllt hat, so tritt es ab vom Schauplatze der Geschichte. Sollte gegen Polen einst eine Ungerechtigkeit begangen sein, so tragen wir, wie die Sachen jetzt stehen, keine Schuld daran. Unser Bromberg ist uns von Napoleon I. einst genommen worden und gehörte von 1807—15 zum Großherzogthum Warschau. Wir wissen, was das für Blut gekostet hat, um das wiederzuerlangen, was wir besessen. . . ." Nachdem der Redner noch mittheilte, wie der Baumeister Schulemann im Stillen für den Nationalverein gewirkt und die Forderung aussprach, daß jeder Deatsche weiter wirken solle im Interesse der Civilisation, schloß er mit dem Wahlspruche: „Mit Gott für König und Vaterland!" (Bravo!) Herr Schulemann gab hierauf einige statistische Nachrichten. Im Herbste pr. zählte der Verein in Koburg 6000 Mitglieder, hat sich aber besonders durch die Verfolgungen, die er in einigen Staaten erfahren, beinahe um das Doppelte vermehrt. In Bromberg zählt der Verein an Männern von Intelligenz und unabhängiger Gesinnung 96, wovon 16 auf die Umgebung Brombergs kommen. Groß ist die Betheiligung im Auslande; es gingen ein Beitrittserklärungen aus London, Liverpool, Edinburgh, Rom, Konstantinopel, Philadelphia, ja selbst aus Hongkong in China sind kürzlich 25 Pfd. St. in Koburg eingegangen. Mitglied wird man hier durch Unterschrift des Statuts und durch Zahlung eines jähllchen Beitrags von 1 Thlr. 5 Sgr. Das Geld wird zu Druckschriften und Flugschriften ꝛc. verwandt. Da Herr Schulemann fernerhin die Korrespondenzen nicht mehr führen kann, so übernimmt Herr Kattner (früher Gutsbesitzer) hierselbst dies Amt. Zu Vertrauensmännern wurden gewählt die Herren Schulemann, Kattner und der Zimmermeister H. Mautz hier. Schließlich stellte noch Justizrath Geßler den Antrag, an unsere Abgeordneten in Berlin eine Adresse zu erlassen. Er sagte: „Wie bereits erwähnt, sind in der Ersten Kammer von den Polen Anträge gemacht worden, die unsere Existenz in der Provinz Posen gefährden sollen. Aehnliche Anträge werden im Abgeordnetenhause jedenfalls wiederholt werden. Es ist hier schmerzlich bemerkt worden, daß sich bei solchen Gelegenheiten unsere Abgeordneten immer sehr schweigsam verhalten. Dadurch bilden sich bei Allen, die unserer Gegend fern sind, falsche Ansichten. Man glaubt, wir seien hier wirklich Polen und nennt mitunter die Gegend auch so, obwohl im Departement Bromberg weit mehr Deutsche als Polen zu finden sind. Das liegt aber daran, daß unsere Abgeordneten sich gar nicht hören lassen. Von vielen Seiten aufgefordert, habe ich eine Adresse entworfen." Dieselbe lautete etwa: Die heute hier versammelten Mitglieder des deutschen Nationalvereins haben mit vieler Befriedigung vernommen, daß die Seitens der Polen gestellten Anträge aus unserer Provinz im Herrenhause abgewiesen sind. Da ähnliche Anträge auch im Abgeordnetenhause gemacht werden dürften, so wird in allen Kreisen des Netzdistrikts wie in der ganzen Provinz dringend gewünscht, daß unsere Abgeordneten allen widerstrebenden Ansichten entgegenträten u. s. w. Die Adresse wird an den Rechtsanwalt Senff gerichtet. Jetzt erfolgten die Unterzeichnungen sowohl der Adresse wie des Statuts; die Zahl der neu hinzugetretenen Vereinsmitglieder belief sich auf ca. 200. Während der Verhandlungen wurde dem Vorsitzenden ein Zeitungsblatt überreicht, worin die Nachricht stand, daß auch in Berlin im Möserschen Lokale gestern um dieselbe Zeit wie bei uns eine Versammlung des Nationalvereins stattfinde. Sogleich wurde beschlossen, eine telegraphische Depesche an die deutschen Brüder in Berlin abzusenden. Sie lautete: „Mitgliedern des deutschen Nationalvereins Berlin deutscher Gruß aus dem deutschen Osten von 300 hier versammelten Mitgliedern des Nationalvereins." (9 Uhr 24 Min.) Gegen 12 Uhr kam die Antwort: „Dank und deutschen Gegengruß, starke Versammlung. Bennigsen, Metz, Lehmann hier."

## Suum cuique.

Es ist höchst schmerzlich, hören und sehen zu müssen, wie etliche polnische Zeitungen in blinder Leidenschaft seit einiger Zeit sich bemühen, unseren hochwürdigsten Erzbischof vor dem Publikum zu verdächtigen und zu verdammen. Man beschuldigt den edlen und friedliebenden Kirchenfürsten, daß er sich von gewissen Persönlichkeiten als ein williges Werkzeug zur Germanisirung seiner polnischen Diözesanen gebrauchen lasse. Und um dieses Verdammungsurtheil zu begründen, führen die Ankläger u. A. an: 1) daß der Erzbischof die Abhaltung eines feierlichen Trauergottesdienstes für den verstorbenen General v. Skrzynecki in der Domkirche zu Posen nicht erlaubte; 2) daß er die Begehung eines Jubelfestes in der Pfarrkirche zu Kruschwitz zum Andenken an die vor 1000 Jahren in Polen geschehene Einführung des Christenthums verboten; 3) daß er an dem im Posener Bazar zu Ehren der polnischen Deputirten veranstalteten Gastmahl nicht theilgenommen; 4) daß er in seinem Rathskollegio, im Metropolitankapitel und in seinem General-Konsistorio auch solche Männer dulde, welche deutscher Abkunft sind und ihre Berichte manchmal in deutscher Sprache abfassen; 5) daß er in der Stadt Posen eine neue Parochie für die daselbst wohnenden deutschen Katholiken gründen wolle u. s. w. Betrachtet und beurtheilt man diese Vorwürfe von dem Standpunkt, von welchem die Denk- und Handlungsweise eines jeden wahrhaft apostolischen Bischofs betrachtet und beurtheilt werden muß, und berücksichtigt man dabei die gegenwärtigen Zustände und Verhältnisse im Großherzogthum Posen: so kommt man schnell zu der Ueberzeugung, daß Hr. v. Przyłuski in den in Rede stehenden Angelegenheiten nur das that und nur das thut, was er als ein gewissenhafter Erzbischof nach Pflicht und Recht thun mußte und thun muß. Wir wollen das mit kurzen Worten näher und unparteiisch prüfen:

1) Als der General Skrzynecki noch lebte, da fiel es keinem Polen ein, dessen Heldenthaten mit Enthusiasmus zu bewundern. Im Gegentheil, man bezeichnete denselben mündlich und schriftlich zwar als einen frommen Ehrenmann, aber als einen wankelmüthigen und zu wenig energischen Feldherrn. Kaum ist aber Skrzynecki gestorben, da erwählte auch schon die exaltirte Polenpartei, bestehend größtentheils aus solchen jungen Leuten, welche wahres militärisches Verdienst zu beurtheilen nicht im Stande sind, in Ermangelung eines anderen Objekts ihn zur Zielscheibe ihrer politischen Demonstrationen. Unser Erzbischof hat sicher ganz richtig gehandelt, daß er auf Ersuchen zwar für die Seelenruhe des genannten Generals in der Posener Domkirche hat stille Requialmessen lesen lassen, aber patriotische Ostentationen in dem Tempel Gottes zu veranstalten nicht erlaubte.

2) Es ist historisch-kritisch bis dato noch unerwiesen, in welchem Jahre eigentlich die christliche Lehre nach Polen gedrungen ist. Nun fiel es aber einigen obskuren Individuen auf einmal ein, das tausendjährige Andenken der Erscheinung des evangelischen Lichts am Goplosee, wo König Popiel von Mäusen aufgezehrt worden sein soll, pomphaft zu feiern. Ohne aber die große Bedeutung eines solchen nationalen Jubiläums zu verstehen und zu begreifen, beschlossen die erwähnten Patrioten zur Befriedigung ihrer Ruhmbegierde die Pfarrkirche in Kruschwitz zu benutzen. Erst kurz vor dem schon bestimmten und bereits durch die Zeitungen angezeigten Festtage fiel es dem dortigen Ortsprobst ein, daß er gar kein Recht habe, seine ihm nur zum Gottesdienst anvertraute Kirche auch zu politischen Zwecken unter dem Deckmantel der Religion herzugeben, und er bat daher schriftlich in größter Eile den Erzbischof um die erforderliche Erlaubniß zu dem beabsichtigten Vorhaben. Natürlich war darüber der Erzbischof erzürnt, daß ein einzelner Pfarrer und etliche Laien dreist und ohne allen Beruf sich in seine hohen, nur ihm reservirten Amtsobliegenheiten mischten, und er ertheilte daher den voreiligen Festordnern in Kruschwitz einen Bescheid, wie sie denselben mit vollem Recht verdient hatten. Dabei sei bemerkt, daß der Erzbischof erst dann das in Rede stehende tausendjährige Jubelfest zu veranstalten Willens ist, wenn zuvor sämmtliche Bischöfe Polens in dieser nationalen Angelegenheit um ihren Rath und um ihre Meinung befragt sein werden.

3) Es ist allgemein bekannt, daß unser Erzbischof ein abgesagter Feind von allen rauschenden Gastmählern ist. Nur dann und dort, wo er sich solchen gastfreundschaftlichen Verpflichtungen ex officio unterziehen muß, thut er es. Sein Arbeitstisch, sein schöner Garten, seine werthvolle Bildergalerie — dies allein sind für ihn wahre Vergnügungsorte. Und unter solchen Umständen wurde der Erzbischof auf eine ungestüme Weise mit Bitten bestürmt, in einem öffentlichen Gasthause bei einem bezahlten Mittagsmahl unter Hunderten von aus allen Ecken der Provinz und aus allen Schichten der Gesellschaft beliebig zusammengewürfelten Gästen zu präsidiren und daselbst auf eine an ihn gerichtete Rede öffentlich zu antworten. Alle Unbefangenen werden es ihm Dank wissen, daß er seine hohe erzbischöfliche Primaswürde einer solchen politischen Laune zum Zeitvertreib nicht geopfert hat!

4) Der vierte Theil der Katholiken in der Erzdiözese Posen besteht aus solchen, welche nur deutsch sprechen und nur deutsch verstehen. Mehrere Dekanate sind vollständig deutsch. Der Erzbischof ist also nicht allein verpflichtet, sondern auch gezwungen, in seinen Kollegien auch solche Männer mit Sitz und Stimme zu halten, welche im Stande sind, mit den Geistlichen und Diözesanen deutscher Zunge deutsch zu verhandeln und zu korrespondiren. Leider hat eine Persönlichkeit dieser Art sehr rücksichtslos gehandelt und den hiesigen deutschen Katholiken große Betrübniß verursacht dadurch, daß dieser ihr Landsmann mehrere Jahre hindurch sein deutsches Vaterland förmlich verleugnet und die Rolle eines exaltirten polnischen Patrioten bis zur — Verwunderung gespielt hat!

5) In der Stadt Posen und in deren nächster Umgebung wohnen über 7000 Katholiken deutscher Abkunft, welche zwar an allen Sonn- und Feiertagen in der Franziskaner-Sukkursalkirche einen deutschen Gottesdienst finden, aber in den verschiedenen polnischen Parochien die Jura stolae entrichten müssen. Wer nun aus Erfahrung weiß, wie stiefmütterlich diese armen Katholiken von ihren polnischen Pfarrgeistlichen, welche übrigens allerdings mit Amtsgeschäften fast überladen sind, behandelt werden; wie schwer es ihnen wird, irgend ein Kirchen- und Schulzeugniß in deutscher Sprache ausgestellt zu erhalten, oder eine deutsche Grab- oder Traurede zu hören: der wird und muß unsern gerechten Erzbischof loben und segnen dafür, daß er, dem Drange der heiligen Pflicht folgend und auch auf seine deutschen Schäflein, von welchen er so treu geliebt und hoch verehrt wird, oberhirtliche Rücksicht nehmend, denselben ein abgesondertes Pfarrsystem gründen will. Haben doch die Polen in Petersburg, Breslau, Wien, Paris und London nationale Priester als Seelsorger; warum gönnen dieselben denn also auch den Deutschen, welche hier größtentheils Eingeborne und keine Emigranten sind, nicht auch den christlichen Trost im süßen Laut der geliebten Muttersprache? Die eben gestellte Frage erweckt überdies in der Brust eines jeden Religionsfreundes höchst schmerzliche Gefühle. Denn die deutschen Katholiken finden im Großherzogthum Posen noch an sehr vielen Orten für ihre Geldbeiträge zur Bestreitung der lokalen Kirchenbedürfnisse nur sehr mangelhafte kirchliche Rechte. Es giebt hier nämlich Parochien, z. B. in Deutsch-Ostrowo (Kreis- und Gymnasialstadt), Exin mit dem deutschen Sipiony ꝛc., wo Hunderte deutscher Katholiken wohnen, und doch wird dort schon seit vielen Jahren niemals deutsch gepredigt und auch nicht einmal deutsch katechisirt. In Krotoschin (Kreis- und Garnisonstadt) ist sogar die dortige schöne Trinitarier-Klosterkirche nur zum deutschen Gottesdienst bestimmt und auch von der königlichen Regierung gut dotirt worden; aber die armen deutschen Katholiken hören dort im ganzen Jahre höchstens nur zwei- oder dreimal das Gotteswort in ihrer Muttersprache. Mehrere deutsche Kirchen- und Pfarrstellen, z. B. in Posen, Gnesen ꝛc., sind wiederum mit solchen polnischen Geistlichen besetzt, welche entweder der deutschen reinen Sprache zum Predigen in solchen gebildeten Städten nicht vollkommen mächtig sind oder doch diese Sprache — nach der jetzigen Mode — nicht gerne sprechen. Hat doch erst vor nicht gar langer Zeit (laut Zeitungsberichten) der Kommendarius Szymański, welcher die ganz deutsche Parochie Chojna administrirt, sogar protokollarisch erklärt, daß es ihm schwer falle, sich deutsch auszudrücken, und daß er also von den Landesbehörden Briefe mit einer deutschen Adresse nicht annehmen wolle.

Unus pro multis.

# Inserate und Börsen-Nachrichten.

**Bekanntmachung.**

Nr. 2027/1. 1.

In der unter unserer Verwaltung stehenden Strafanstalt zu **Rawicz** sollen circa 170 männliche Gefangene vom 1. April d. J. ab mit Fabrikarbeiten beschäftigt werden.

Unternehmer, welche von diesen Arbeitskräften Gebrauch zu machen geneigt sind, werden aufgefordert, ihre Anerbietungen entweder persönlich oder in portofreien Briefen bis spätestens zum 20. Februar d. J. an die königliche Direktion der Strafanstalt zu **Rawicz** zu richten und sich gegen dieselbe über ihre persönlichen Verhältnisse, sowie über den Besitz des zu dem beabsichtigten Geschäfte erforderlichen Vermögens auszuweisen. Sie haben demnächst unsere Entschließung alsbald zu gewärtigen.

Die in Rede stehenden Gefangenen sind seither zwar mit Kattunweberei auf zum großen Theile der Strafanstalt gehörigen Webestühlen beschäftigt worden, so daß die weitere Beschäftigung mit Kattunweberei wünschenswerth erscheint. Jedoch steht der Einführung irgend eines anderen geeigneten Fabrikationszweiges kein Hinderniß entgegen.

**Posen**, den 21. Januar 1861.

**Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.**

**v. Seltzer.**

**Bekanntmachung.**

Das hiesige städtische Rathhaus soll um ein Stockwerk erhöht werden, wofür die Kosten auf 3847 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf. veranschlagt sind. Zur Verdingung dieser Bauten im Wege der Unterbietung haben wir einen Termin **auf Dienstag den 12. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr** im hiesigen Magistratsbüreau anberaumt und laden dazu befähigte Bauunternehmer mit dem Bemerken ein, daß die Anschläge und nähern Bedingungen für die Uebernahme des Baues bei uns eingesehen werden können.

**Wollstein**, den 25. Januar 1861.

**Der Magistrat.**

Die Niederlassung eines Arztes am hiesigen Orte wird dringend gewünscht, worauf die Herrn Aerzte aufmerksam gemacht werden.

**Obornik**, den 24. Januar 1861.

**Der Magistrat.**

**Nothwendiger Verkauf.**
**Königliches Kreisgericht zu Gnesen,**
den 3. August 1860.

Das der **Leocadia v. Poninska** gehörige Gut **Malczewo** und die dazu gehörigen Nebengüter, abgeschätzt auf 96,249 Thlr. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am **28. Februar 1861 Vormittags 11 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termin zu melden.

Die dem Aufenthalt nach unbekannten Gläubiger **Sylvia Susanna v. Kronicka** geb. **v. Prądzynska, Kasimir** und **Josehp v. Krasicki**, der Hauptmann **Wilhelm v. Grafenberg** werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

**Nothwendiger Verkauf.**
**Königliches Kreisgericht zu Posen.**
Abtheilung für Zivilsachen.
**Posen**, den 20. September 1860.

Das dem ehemaligen Appellationsgerichtsreferendarius **Ludwig v. Kurnatowski** gehörige, im **Posener** Kreise belegene Gut **Rumianek**, bestehend aus den früheren Grundstücken Nr. 1, 7, 11 und 13, resp. I. und den bäuerlichen Grundstücken Nr. 6 und Nr. 8 zu **Rumianek**, abgeschätzt auf 42,955 Thlr. 18 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 29. April 1861 Vormittags 11 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Eigenthümer, Appellationsgerichtsreferendar **Ludwig v. Kurnatowski** und folgende Gläubiger, nämlich:

a) der Partikulier **Peter v. Przespolewski** von hier,

b) die unbekannten Erben des Gutsbesitzers **Chrysostomus v. Niegolewski** aus **Młodasko**,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

**Die Verpachtung**

der **Restauration** in dem Schützenhause zu **Rawicz** soll vom 1. April 1861 ab auf anderweitige 6 Jahre stattfinden. Termin hierzu ist auf

**Montag den 18. Februar 1861 Vormittags 11 Uhr**

in unserem Schützenhause anberaumt, bis zu welchem die Offerten frankirt und versiegelt an unseren Verweser Herrn **C. Kupke** eingereicht sein müssen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erschienenen Reflektanten werden eröffnet werden.

Die näheren Bedingungen liegen bei Herrn **C. Kupke** zur Einsicht aus, von denen Abschriften gegen Erstattung der Kopialien verabreicht werden.

**Rawicz**, den 26. Januar 1861.

**Der Vorstand der Schützengilde.**

**Bekanntmachung.**

Gestohlen in der Nacht zum 27. d. M. mittelst Einbruchs in die St. Johanniskirche hinterm Warschauer Thor zwei silberne, inwendig vergoldete Becher ohne besondere Abzeichen, zwei silberne vergoldete Patenen und ein silbernes Altarkreuz.

**Holzverkauf in den Graetzer Forsten.**

Im Revier **Sielinko** sollen:

1) Am 30. Januar c. Vormittags 9 Uhr 362 kieferne Stämme, und
2) Am 31. Januar c. Vormittags 9 Uhr 400 eichene Stämme

meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

**Forstamt Lassówko.**

**Danksagung.**

Nach schwerem Leiden und ohne Beihülfe eines Arztes ist meine liebe Frau durch Hülfe der Hebamme **M. Wreschner** am 26. d. M. glücklich entbunden worden; ich fühle mich gedrungen, derselben den innigsten Dank öffentlich abzustatten und sie den hochgeehrten Damen zu empfehlen.

**Michaelis Kunkel**, Tischermeister.

## Verein junger Kaufleute.

Die zu den **Dr. Oldenburg**'schen Vorträgen reservirten und nicht abgeholten Billets können durch unsern Kassirer, Herrn **Braun,** anderweit à 5 Sgr. vergeben werden.

## Familien-Nachrichten.

Heute früh 9 Uhr ist meine liebe Frau geborne **von Treskow** von einem gesunden Mädchen zu **Wierzonka** glücklich entbunden worden. **Lagiewnik,** den 27. Januar 1861.

**von Unruh.**

Die gestern den 27. Jan. c. Nachmittags 3 Uhr mit Gottes gnädiger Hülfe erfolgte glückliche Entbindung meiner theuren Frau **Anna,** geb. **Cranz,** von einem gesunden Knaben, beehre ich mich, statt jeder besonderen Meldung, hierdurch gehorsamst anzuzeigen.

**Posen,** den 28. Januar 1861.

**Lic. O. Strauß,**
Divisionsprediger der 10. Division.

Meine liebe Frau **Alwine** geb. **Frank** ist heute Mittag ¾1 Uhr glücklich von einem Mädchen entbunden worden.

**Opalenica,** 26. Januar 1861.

***Giernat,*** Distrikts-Kommissarius.

Bei unserer Abreise nach **Berlin** sagen wir Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

**Moritz Wreschner,**
**Minna Wreschner** geb. **Wittkowska.**

## Stadttheater.

Montag, zur Nachfeier des 105jährigen Geburtstages Mozarts: **Don Juan, oder: Der steinerne Gast.**

In Vorbereitung: **Dinorah,** oder: **Die Wallfahrt nach Ploermel,** von Meyerbeer. **Palm, ein deutscher Bürger,** vom Professor Eckardt. **Die eiserne Maske. Die Jagd nach einem Mädchen,** von Winterfeld. **Die Gauner von Berlin,** von Hugo Müller.

Mehrfachen Aufforderungen zufolge, **Orpheus in der Hölle** nochmals zu geben, zeige hierdurch an, daß derselbe im Laufe dieser Woche zur Aufführung kommt. **J. Keller.**



**Posener Marktbericht vom 28. Jan.**

| | von Rt | von Sgr | von Pf | bis Rt | bis Sgr | bis Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz. | 2 | 25 | — | 3 | — | — |
| Mittel-Weizen | 2 | 17 | 6 | 2 | 20 | — |
| Bruch-Weizen | 2 | 12 | 6 | 2 | 15 | — |
| Roggen, schwerer Sorte | 1 | 24 | — | 1 | 25 | — |
| Roggen, leichtere Sorte | 1 | 20 | — | 1 | 21 | 3 |
| Große Gerste | 1 | 17 | 6 | 1 | 22 | 6 |
| Kleine Gerste | 1 | 12 | 6 | 1 | 20 | — |
| Hafer | — | 24 | — | — | 29 | — |
| Kocherbsen | 1 | 22 | 6 | 1 | 25 | — |
| Futtererbsen | 1 | 15 | — | 1 | 17 | 6 |
| Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz | — | — | — | — | — | — |
| Winterraps | — | — | — | — | — | — |
| Sommerrübsen | — | — | — | — | — | — |
| Sommerraps | — | — | — | — | — | — |
| Buchweizen | 1 | 2 | 6 | 1 | 5 | — |
| Kartoffeln | — | 17 | 6 | — | 20 | — |
| Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.) | — | — | — | — | — | — |
| Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Weißer Klee dito | — | — | — | — | — | — |
| Heu, per 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Stroh, per 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G. | — | — | — | — | — | — |
| Spiritus am 26. Jan. (per 100 Qrt. à 80 % Tr.) | 20 | — | — | 20 | 5 | — |
| " 28. " | 19 | 27 | 6 | 20 | 2 | 6 |

Die Markt-Kommission.

## Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 28. Jan. 1861.

| Fonds. | Br. | Gd. | bez. |
|---|---|---|---|
| Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch. | — | 85⅝ | — |
| " 4 " Staats-Anleihe | — | — | — |
| " 4½ " " | 101 | — | — |
| Neueste 5% Preußische Anleihe | 104¾ | — | — |
| Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855 | — | 115¼ | — |
| Posener 4 % Pfandbriefe | — | 100½ | — |
| " 3½ " " | 92¾ | — | — |
| " 4 " neue " | 88¾ | — | — |
| Schles. 3½ % Pfandbriefe | — | — | — |
| Westpr. 3½ " " | — | — | — |
| Poln. 4 " " | 86¼ | — | — |
| Posener Rentenbriefe | 91½ | — | — |
| " 4 % Stadt-Oblig. II. Em. | — | 90½ | — |
| " 5 " Prov. Obligat. | — | 98 | — |
| " Provinzial-Bankaktien | — | — | — |
| Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt. | — | — | — |
| Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A. | — | — | — |
| " Prioritäts-Oblig. Lit. E. | — | — | — |
| Polnische Banknoten | — | 87½ | — |
| Ausländische Banknoten große Ap. | — | — | — |

**Roggen** höher, pr. Jan. 43⅞ Gd., Febr. 43⅞—7/12 bz., Frühjahr 44⅛—1/12 bz., Mai-Juni 44⅔—½ bz.

**Spiritus** wenig verändert, gekündigt 9000 Quart, mit Faß pr. Jan. 19 11/12 bz., Febr. 19 11/12 bz. u. Br., März 20⅛ bz., April 20 5/12 bz., Mai-Juni 20 11/12 bz.

**Wasserstand der Warthe:**

Posen am 27. Jan. Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 7 Zoll.
" 28. " " " 4 " 2 "

## Produkten-Börse.

**Berlin,** 26. Jan. Wind: W.-N.-W. Barometer: 28⁷. Thermometer: 5° +. Witterung: anhaltender Regen.

Weizen loko 72 a 82 Rt.

Roggen loko 49¾ a 50½ Rt., p. Jan. 48⅞ a 48⅝ Rt. bz., 49 Br., 48¾ Gd., p. Jan.-Febr. 48½ a 48¾ Rt. bz., p. Febr.-März 48½ a 48¾ a 48⅝ Rt. bz. u. Gd., 48¾ Br., p. Frühjahr 48 a 48¼ a 48½ a 48⅜ Rt. bz. u. Gd., 48½ Br., p. Mai-Juni 48¼ a 48⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 48¾ Rt.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 26 a 29 Rt., p. Jan. 27 Rt., p. Frühjahr 27 Rt. Gd., p. Mai-Juni 27¼ Rt. bz. u. Gd., p. Juni-Juli 28 Rt. Br.

Rüböl loko 11 7/12 Rt. Br., p. Jan. 11 7/12 Rt. Br., p. Jan.-Febr. 11 7/12 Rt. Br., p. Febr.-März 11 7/12 Rt. Br., 11½ Gd., p. April-Mai 11½ a 11 13/24 Rt. bz. u. Gd., 11 7/12 Br., p. Mai-Juni 11⅔ Rt. Br., 11⅝ Gd., p. Sept.-Okt. 12 Rt. bz., Br. u. Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20 17/24 a 20⅝ Rt. bz., p. Jan. 21 a 20⅞ a 20 11/12 Rt. bz. u. Gd., 21 Br., p. Jan.-Febr. 21 a 20⅞ a 20 11/12 Rt. bz. u. Gd., 21 Br., p. Febr.-März 21 a 20⅞ a 20 11/12 Rt. bz. u. Gd., 21 Br., p. März-April 21⅙ Rt. bz., p. April-Mai 21⅜ a 21⅓ Rt. bz. u. Gd., 21 5/12 Br., p. Mai-Juni 21½ Rt. bz. u. Gd., 21 7/12 Br., p. Juni-Juli 21¾ Rt. bz., p. Juli-Aug. 22⅓ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5⅝ a 5½, 0. u. 1. 5½ a 5 Rt. Roggenmehl 0. 3⅞ a 3¾, 0. u. 1. 3⅜ a 3⅓ Rt. p. Ztr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

**Breslau,** 26. Jan. Thauwetter.

Weißer Weizen 80—85—90—93 Sgr., gelber 81—85—87—89 Sgr.

Roggen, 61—62—63 Sgr.

Gerste, gelbe 45—52 Sgr., weiße 55—60 Sgr.

Hafer, 29—31—34 Sgr.

Erbsen, 55—60—68 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—97—98 Sgr., Sommerrübsen 63—72—80 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler 13½—14½ Rt., feiner und hochfeiner 15—16½ Rt., weißer ord. 10—12 Rt., mittler 13—15 Rt., feinmittler 15—17 Rt., feiner 17½—18½ Rt., hochfeiner bis 22 Rt.

Thymothe 9—10—10½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 20⅓ Rt. Gd.

**An der Börse.** Roggen p. Jan. 49 bz., Jan.-Febr. u. Febr.-März 49 Br., März-April 49¼ Br., April-Mai 49½ Br., Mai-Juni 50 bz. u. Br.

Rüböl loko, p. Jan. u. Jan.-Febr. 11⅛ Br., Febr.-März 11⅛ bz., März-April 11¼ Br., April-Mai 11 5/12 Br.

Spiritus loko 20 5/12 bz., p. Jan., Jan.-Febr. u. Febr.-März 20⅓ Gd., März-April 20 13/24 bz., April-Mai 20¾ bz., 20⅞ Br.

(Br. Hdlsbl.)

## Fonds- u. Aktienbörse.

**Berlin,** 26. Jan. 1861.

**Eisenbahn-Aktien.**

| | | |
|---|---|---|
| Aachen-Düsseldorf | 3½ | 73½ B |
| Aachen-Mastricht | 4 | 16¾-½ bz |
| Amsterd. Rotterd. | 4 | 75¼ bz |
| Berg. Märk. Lt. A. | 4 | 81¼ bz |
| do. Lt. B. | 4 | 71 bz |
| Berlin-Anhalt | 4 | 107 B |
| Berlin-Hamburg | 4 | 108½ B |
| Berl. Potsd. Magd. | 4 | 127½ B |
| Berlin-Stettin | 4 | 100¾ bz |
| Bresl. Schw. Freib. | 4 | 81¼ bz |
| Brieg-Neiße | 4 | — — |
| Cöln-Crefeld | 4 | — — |
| Cöln-Minden | 3½ | 125 B |
| Cos. Oderb. (Wilh.) | 4 | 33½ B |
| do. Stamm-Pr. | 4½ | 70 bz |
| do. do. | 4 | 80¼ B |
| Löbau-Zittauer | 5 | — — |
| Ludwigshaf. Bexb. | 4 | 124¾ etw bz u G |
| Magdeb. Halberst. | 4 | 185½ G |
| Magdeb. Wittenb. | 4 | 31¼ bz |
| Mainz-Ludwigsh. | 4 | 95 B |
| Mecklenburger | 4 | 43¼ bz |
| Münster-Hammer | 4 | — — |
| Neustadt-Weißenb. | 4½ | — — |
| Niederschles. Märk. | 4 | 92¾ bz |
| Niederschl. Zweigb. | 4 | — — |
| do. Stamm-Pr. | 4 | — — |
| Nordb., Fr. Wilh. | 5 | 42½ bz u B |
| Oberschl. Lt. A. u. C. | 3½ | 119¼ bz |
| do. Litt. B. | 3½ | 107½ bz |
| Oest. Franz. Staat. | 5 | 124½-¼ bz |
| Oppeln-Tarnowitz | 4 | 27½ G |
| Pr. Wlh. (Steel-V) | 4 | 49 B |
| Rheinische, | 4 | 76 B |
| do. Stamm-Pr. | 4 | — — |
| Rhein-Nahebahn | 4 | 24 bz |
| Ruhrort-Crefeld | 3½ | 75 G |
| Stargard-Posen | 3½ | 81 bz |
| Thüringer | 4 | 98 G |

**Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.**

| | | |
|---|---|---|
| Berl. Kassenverein | 4 | 115 B |
| Berl. Handels-Ges. | 4 | 77 B |
| Braunschw. Bk. A. | 4 | 62½ G |
| Bremer do. | 4 | 95¾ G |
| Coburg. Kredit-do. | 4 | 37¼ G |
| Danzig. Priv. Bk. | 4 | 83 B |
| Darmstädter abgst. | 4 | 66 G |
| do. Ber. Scheine | 4 | — — |
| do. Zettel-B. A. | 4 | 92½ G |
| Dessauer Kredit-do. | 4 | 11⅞ u 12 bz |
| Dessauer Landesbk. | 4 | 15¼ B |
| Disk. Comm. Anth. | 4 | 77¼ bz |
| Genfer Kred. Bk. A. | 4 | 21 bz |
| Geraer do. | 4 | 67 G |
| Gothaer Priv. do. | 4 | 65¼ G |
| Hannoversche do. | 4 | 90 B |
| Königsb. Priv. do. | 4 | 80½ G |
| Leipzig. Kredit-do. | 4 | 58 G |
| Luxemburger do. | 4 | 78 B |
| Magdeb. Priv. do. | 4 | 77 B |
| Meining. Kred. do. | 4 | 63½ B |
| Moldau. Land. do. | 4 | — — |
| Norddeutsche do. | 4 | 77¾ bz |
| Oestr. Kredit- do. | 5 | 50½ bz |
| Pomm. Ritt. do. | 4 | 56¾ G |
| Posener Prov. Bank | 4 | 77 B |
| Preuß. Bank-Anth. | 4½ | 125½ bz |
| Rostocker Bank Akt. | 4 | 103 G |
| Schles. Bank Verein | 4 | 74¼ G |
| Thüring. Bank-Akt. | 4 | 49 G |
| Vereinsbank, Hamb. | 4 | 97¾ G |
| Waaren-Kred. Anth. | 5 | — — |
| Weimar. Bank-Akt. | 4 | 69½ B |

**Industrie-Aktien.**

| | | |
|---|---|---|
| Dessau. Kont. Gas-A | 5 | 92 etw bz |
| Berl. Eisenb. Fabr. A. | 5 | — — |
| Hörder Hüttenv. Ak. | 5 | 60½ G |
| Minerva, Bergw. A. | 5 | 19¼ G |
| Neustädt. Hüttenv. A | 5 | 2¼ G p. St. |
| Concordia | 4 | 102¼ B [fco. Zins. |
| Magdeb. Feuerverf. A | 4 | 350 B |

**Prioritäts-Obligationen.**

| | | |
|---|---|---|
| Aachen-Düsseldorf | 4 | 81 G |
| do. II. Em. | 4 | 80 G |
| do. III. Em. | 4½ | 85 B |
| Aachen-Mastricht | 4½ | — — |
| do. II. Em. | 5 | — — |
| Bergisch-Märkische | 5 | 102½ B |
| do. II. Ser. | 5 | 102 bz IV. 99½ B |
| do. III. S. 3½ (R. S.) | 3½ | 74⅝ bz |
| do. Düsseld. Elberf. | 4 | 84½ G |
| do. II. Em. | 5 | — — |
| do. III. S. (D. Soest) | 4 | 83 G |
| do. II. Ser. | 4½ | — — |
| Berlin-Anhalt | 4 | 96½ B |
| do. | 4½ | 99¾ G |
| Berlin-Hamburg | 4½ | 103 G |
| do. II. Em. | 4½ | — — |
| Berl. Pots. Mg. A. | 4 | 93 bz |
| do. Litt. C. | 4½ | 99½ B |
| do. Litt. D. | 4½ | 99¼ B |
| Berlin-Stettin | 4½ | — — |
| do. II. Em. | 4 | 85½ bz |
| do. III. Em. | 4 | 85½ bz |
| Bresl. Schw. Freib. | 4½ | — — |
| Brieg-Neißer | 4½ | — — |
| Cöln-Crefeld | 4½ | — — |
| Cöln-Minden | 4½ | 100¾ bz |
| do. II. Em. | 5 | 103 bz |
| Cöln-Minden | 4 | 87 B |
| do. III. Em. | 4 | 83½ bz |
| do. | 4½ | 91¾ B |
| do. IV. Em. | 4 | 81½ B |
| Cos. Oderb. (Wilh.) | 4 | — — |
| do. III. Em. | 4½ | 84 G |
| Magdeb. Wittenb. | 4½ | 91¾ G |
| Niederschles. Märk. | 4 | 92½ bz |
| do. conv. | 4 | 92¼ bz |
| do. conv. III. Ser. | 4 | 89 B |
| do. IV. Ser. | 5 | 102¼ G |
| Nordb., Fried. Wilh | 4½ | 100½ G |
| Oberschles. Litt. A. | 4 | — — |
| do. Litt. B. | 3½ | 79½ B, C. — |
| do. Litt. D. | 4 | 86 G |
| do. Litt. E. | 3½ | 73¾ bz |
| do. Litt. F. | 4½ | 92¾ bz |
| Oestreich. Französ. | 3 | 250 B |
| Prinz-Wilh. I. Ser. | 5 | II. — — |
| do. III. Ser. | 5 | — — |
| Rheinische Pr. Obl. | 4 | 84 G |
| do. v. Staatgarant. | 3½ | 80¾ B |
| Rheinische Pr. Obl. | 4½ | 87¾ G |
| Rh. Nhe-Pr. v. St. g | 4½ | 94¼ bz |
| Ruhrort-Crefeld | 4½ | — — |
| do. II. Ser. | 4 | 80 G |
| do. III. Ser. | 4½ | 85 B |
| Stargard-Posen | 4 | — — |
| do. II. Em. | 4½ | — — |
| do. III. Em. | 4½ | — — |
| Thüringer | 4½ | 101¼ G |
| do. III. Ser. | 4½ | 100 B II. 104 |
| do. IV. Ser. | 4½ | 98⅜ bz [G |

**Preußische Fonds.**

| | | |
|---|---|---|
| Freiwillige Anleihe | 4½ | 100⅛ bz |
| Staats Anl. 1859 | 5 | 104½ B |
| do. | 4½ | 100 bz |
| do. 1856 | 4½ | 100 bz |
| do. 1853 | 4 | 95¼ bz |
| N. Präm St A 1855 | 3½ | 115½ B |
| Staats-Schuldsch. | 3½ | 85⅝ bz |
| Kur- u Neum. Schldv | 3½ | 84⅝ bz |
| Berl. Stadt-Oblig. | 4½ | 100¾ G |
| do. do. | 3½ | 82¼ G |
| Berl. Börsenh. Obl. | 5 | 102¾ B |
| Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk. | 3½ | 89¾ G |
| do. | 4 | 99¼ B |
| Ostpreußische | 3½ | 82½ B |
| do. | 4 | 92 B |
| Pommersche | 3½ | 88 bz |
| do. neue | 4½ | 96 bz |
| Posensche | 4 | 100¾ B |
| do. | 3½ | 92¾ B |
| do. neue | 4 | 88¼ B |
| Schlesische | 3½ | 88 G |
| B. Staat gar. B. | 3½ | — — |
| Westpreußische | 3½ | 82½ bz |
| do. | 4 | 91¾ bz |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 95¾ bz |
| Pommersche | 4 | 95 bz |
| Posensche | 4 | 91¼ B |
| Preußische | 4 | 93¾ G |
| Rhein- u. Westf. | 4 | 95½ G |
| Sächsische | 4 | 95⅛ bz |
| Schlesische | 4 | 94 bz |

**Ausländische Fonds.**

| | | |
|---|---|---|
| Oestr. Metalliques | 5 | 41½ B |
| do. National-Anl. | 5 | 48⅝-½ bz |
| do. 250fl. Präm. O. | 4 | 53 B |
| do. neue 100fl. Loose | — | 48½ B |
| Russische: 5. Stieglitz-Anl. | 5 | 87¼ G |
| 6. do. | 5 | 99¾ G |
| Englische Anl. | 5 | 102 B 4½ % |
| N. Russ. Egl. Anl. | 3 | 60 B [89½ G |
| Polnische: Poln. Schatz-O. | 4 | 80½ bz u B |
| Cert. A. 300 Fl. | 5 | 93¼ G |
| do. B. 200 Fl. | — | 23 G |
| Pfdbr. u. in S R. | 4 | 86 bz |
| Part. O. 500 Fl. | 4 | 91 B |
| Oestr. 5proz. Loose | 5 | 53 bz |
| Hamb. Pr. 100 BM | — | 88 B |
| Kurh. 40 Thlr. Loose | — | 44 G |
| Neue Bad. 35 Fl. do. | — | 29¾ G |
| Dessau. Präm. Anl. | 3½ | 92½ B |

**Gold, Silber und Papiergeld.**

| | | |
|---|---|---|
| Friedrichsd'or | — | 113⅛ bz |
| Gold-Kronen | — | 9. 4 G |
| Louisd'or | — | 109 B |
| Sovereigns | — | 6. 19½ G |
| Napoleonsd'or | — | 5. 9⅛ bz |
| Gold pr. Z. Pfd. f. | — | 455½ bz |
| Dollars | — | 1. 11¼ G |
| Silb. pr. Z. Pfd. f. | — | 29. 21 G |
| K. Sächs. Kass. A. | — | 99⅞ bz |
| Fremde Banknot. | — | 99¼ G |
| do. (einl. in Leipzig) | — | 99⅞ bz |
| Fremde kleine | — | 99¼ G |
| Oestr. Banknoten | — | 65⅝ bz |
| Poln. Bankbillet | — | 87¼ bz |

**Wechsel-Kurse vom 26. Jan.**

| | | |
|---|---|---|
| Amsterd. 250 fl. kurz | 3 | 141⅝ bz |
| do. 2 M. | 3 | 140⅞ bz |
| Hamb. 300 Mk. kurz | 2½ | 150⅝ bz |
| do. do. 2 M. | 2½ | 149¾ bz |
| London 1 Lstr. 3 M. | 4 | 6. 18 bz |
| Paris 300 Fr. 2 M. | 3 | 78⅝ bz |
| Wien öst. W. 8 T. | — | 65 bz |
| do. do. 2 M. | 6 | 64¼ bz |
| Augsb. 100 fl. 2 M. | 3 | 56. 20 G |
| Frank. 100 fl. 2 M. | 3 | 56. 22 bz |
| Leipzig 100 Tlr. 8 T. | 4 | 99⅝ bz |
| do. do. 2 M. | 4 | 99⅛ G |
| Petersb. 100 R. 3 W. | 4 | 97⅜ G |
| Bremen 100 Tlr. 8 T. | 3½ | 108¾ bz |
| Warschau 90 R. 8 T. | — | 87⅛ bz |
| Bank-Disk. f. Wchs. | 4 | |

Die heutige Börse nahm eine sehr matte Haltung an, die Geschäftslosigkeit war in allen Effekten gleichmäßig.

**Breslau,** 26. Jan. Die Börse war matt und die Kurse weichend bei geringem Geschäft.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 50½-¾ bz. Schlesischer Bankverein 74½ Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 81½ Br. dito Prior. Oblig. 85½ Br. dito Prior. Oblig. 92 7/12 Br. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 48½ Br. Oberschlesische Lit. A. und C. 120¼ Br. dito Lit. B. —. dito Prior. Oblig. 86½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 92½ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. E. 74½ Br. Oppeln-Tarnowitzer 28 Br. Kosel-Oderberger 33½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. —. dito Stamm-Oblig. Prior.-Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.